



CDU

landes . parteitag

Zukunftsprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen

**25. Landesparteitag, 5. März 2005
Bochum, Jahrhunderthalle**

Inhaltsverzeichnis

I.	Unser Ziel: NRW kommt wieder.....	1
II.	Unser Weg: Eine neue Politik für Nordrhein-Westfalen	5
III.	Unsere Schritte zu mehr Arbeit und Wohlstand.....	9
IV.	Unsere Schritte zu einer nachhaltigeren Haushalts- und Finanzpolitik.....	15
V.	Unsere Schritte zu mehr Bildung.....	16
VI.	Unsere Schritte zu einer modernen Berufsbildung	19
VII.	Unsere Schritte zu Spitzenleistungen in Hochschulforschung und -lehre	20
VIII.	Unsere Schritte zu einer Stärkung der Kultur	21
IX.	Unsere Schritte zu mehr Innovation.....	23
X.	Unsere Schritte zu mehr Sicherheit	26
XI.	Unsere Schritte zu einer effizienten Justiz und einem sicheren Strafvollzug.....	28
XII.	Unsere Schritte zum Abbau von Bürokratie.....	30
XIII.	Unsere Schritte zu moderner Mobilität	32
XIV.	Unsere Schritte zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft.....	36
XV.	Unsere Schritte zu einem modernen Gesundheitssystem	38
XVI.	Unsere Schritte zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Pflege	42
XVII.	Unsere Schritte zur Stärkung der Kommunen	43
XVIII.	Unsere Schritte zu einer neuen Wohnungs- und Städtebaupolitik.....	45
XIX.	Unsere Schritte zu einer besseren Integration	47
XX.	Unsere Schritte zu einem kinderfreundlichen Land	49
XXI.	Unsere Schritte zu einer modernen Frauenpolitik.....	51
XXII.	Unsere Schritte zu einer einem besseren Miteinander der Generationen.....	52
XXIII.	Unsere Schritte zu mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung	54
XXIV.	Unsere Schritte zu einem modernen Verbraucherschutz.....	55
XXV.	Unsere Schritte zum Schutz der Umwelt und zur Wahrung der Schöpfung.....	56
XXVI.	Unsere Schritte zu einer aktiven Europapolitik	57
XXVII.	Unsere Schritte zu mehr Lebensqualität durch Förderung des Sports.....	59

Zukunftsprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen

1 **I. Unser Ziel: NRW kommt wieder**

2

3 Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Unser Land ist eine kulturelle Schatzkammer
4 Deutschlands und Europas. Unser Land hat eine starke industrielle Basis, leistungsfähige
5 mittelständische Unternehmen mit Weltstandard, zukunftsorientierte Dienstleistungsun-
6 ternehmen. Die Menschen in unserem Land sind qualifiziert und motiviert. Sie sind fähig
7 zu Spitzenleistungen in Forschung und Technologie. Sie lieben ihre Heimat. Sie wollen in
8 Nordrhein-Westfalen leben und arbeiten. Sie wollen etwas für ihre Heimat tun.

9

10 Unser Land verdient eine neue Chance. Seit viel zu langer Zeit wird es unter Wert regiert.
11 Nordrhein-Westfalen kann

- 12 • den Aufschwung schaffen,
- 13 • wieder zu einem führenden Wachstums-, Beschäftigungs-, Industrie- und Bildungs-
14 land in Deutschland und Europa werden,
- 15 • den hier lebenden Menschen – ob jung oder alt – eine gute Zukunft bieten.

16

17 Die SPD ist verbraucht – ohne Kraft, ohne Mut, ohne Ideen. Nach fast 40 Jahren an der
18 Macht betrachtet sie das Land als ihr Eigentum. Sie stellt ihre eigenen Interessen über das
19 Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Die rot-grüne Landesregierung hat ihre Chance gehabt
20 – und vertan.

21

22 Wir wollen, dass unser Land seine klassische Rolle als industrielles Kraftzentrum in
23 Deutschland und Europa wiedergewinnt. Dieser Kraftakt ist notwendig. Denn

- 24 • Rot-Grün hat die Energie maßlos verteuert,
- 25 • Rot-Grün blockiert industrielle Investitionen in unserem Land durch ein abschre-
26 ckendes Planungsrecht,
- 27 • Rot-Grün lässt die wirtschaftsnahe Infrastruktur verfallen.

28

29 Rot-Grün hat die Proportionen verloren. Die Verhältnisse zwischen ökonomischer Ver-
30 nunft und sozialer Gerechtigkeit, zwischen Wünschbarem und Machbarem, zwischen
31 staatlicher Planung und wirtschaftlicher Freiheit, zwischen Naturschutz und Beschäfti-
32 gungsaufbau stimmen nicht mehr. Wir müssen die Proportionen wiederherstellen, damit
33 unser Land wieder zum industriellen Kraftzentrum und Beschäftigung wieder auf- statt
34 weiter abgebaut wird.

35

36 Der Preis, den die Menschen für die rot-grüne Politik zahlen müssen, ist hoch: ein Heer
37 von über 900.000 Arbeitslosen, ein Schuldenberg von mittlerweile fast 110 Milliarden Eu-
38 ro, abwandernde Industrie, ein Bürokratiedschungel, ein mittelmäßiges Bildungssystem
39 mit über fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall.

- 40 • Die Politik von Rot-Grün bürdet der jungen Generation schwere Hypotheken auf.
41 • Sie lässt die Generation der arbeitsfähigen und -willigen Menschen im Stich.
42 • Und sie zerstört die Hoffnung der älteren Generation auf einen Lebensabend in
43 Sicherheit und Würde.

44

45 Diese verheerende Bilanz hat einen Grund: SPD und Grüne vertrauen nicht auf die Kraft
46 der Freiheit. Sie haben den Freiheitsraum des Einzelnen durch Regeln, Gesetze, Verord-
47 nungen, Vorschriften, Verbote und Gebote immer weiter eingeschränkt. Sie haben den
48 Menschen immer mehr von der Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwesen
49 weggenommen und immer mehr Aufgaben auf den Staat übertragen. Das heißt im Klar-
50 text: SPD und Grüne setzen auf immer mehr Macht für sich selbst. Sie sind arrogant ge-
51 worden. Sie verwalten das Leben der Menschen, statt ihnen mehr Freiheit zu lassen, es
52 selbst zu gestalten. Die Politik von SPD und Grünen lässt unsere Gesellschaft unsolidari-
53 scher werden. Sie weckt keine Hoffnung bei den Menschen, kein neues Vertrauen, keine
54 neue Zuversicht. Sie schafft keine Aufbruchstimmung, macht keinem Mut, es mit den
55 neuen Herausforderungen in einer gemeinschaftlichen Anstrengung aufzunehmen. Sie
56 weckt keine Lust aufs Ärmelhochkrepeln und aufs Anpacken. Die Menschen spüren das.
57 Sie spüren: Mit der SPD wird es immer nur härter, aber nicht besser.

58

59 Mit der CDU wird es wieder besser. Wir setzen auf eine neue politische Kultur, die wieder
60 Mut macht und Vertrauen schafft. Wir vertrauen auf

- 61 • den Ideenreichtum,
62 • die Leistungsbereitschaft,
63 • den Bildungswillen,
64 • die Heimatverbundenheit,
65 • die Solidarität,
66 • die Verantwortung,
67 • den Bürgersinn

68 der Menschen in unserem Land.

69

70 Wir setzen auf diese Kräfte. Wir wollen sie entfesseln, damit Nordrhein-Westfalen wieder
71 nach vorn kommt.

72

73 Wir schaffen das, indem wir die Soziale Marktwirtschaft neu mit Leben erfüllen. Die Sozia-
74 le Marktwirtschaft ist ausgehöhlt worden. Wir wollen wirtschaftliche Vernunft und soziale
75 Gerechtigkeit wieder zusammenbringen. Das Herz der Sozialen Marktwirtschaft hat zu
76 schlagen aufgehört: die Ordnungspolitik. Wir brauchen wieder Ordnungspolitik.

77

78 Ordnen ist nicht dasselbe wie regeln oder reglementieren. Die Politik von SPD und Grü-
79 nen ist Regelungspolitik. Sie lähmt das Land. Unsere Alternative ist Ordnungspolitik. Ord-
80 nungspolitik bedeutet: einen Rahmen setzen, aber nicht alles reglementieren. Regelung-
81 politik setzt auf Unfreiheit und Bevormundung. Sie misstraut den Menschen. Sie geht da-
82 von aus, dass die Menschen ohne staatlichen Vormund keinen verantwortlichen Gebrauch
83 von ihrer Freiheit machen. Sie macht das Land unsolidarisch.

84

85 Wir setzen auf Freiheit und Verantwortung. So bringen wir das Land nach vorne. So ent-
86 steht wieder Sicherheit. Wir wollen die Menschen ermuntern, mehr Freiheit zu wagen. Wir
87 wollen ihnen mehr Freiheit lassen. Wir wollen ihnen, wo nötig, mehr Freiheit auch zumu-

88 ten. Wir tun das, weil wir den Menschen wieder vertrauen wollen. Wir vertrauen wieder
89 darauf, dass sie von ihrer Freiheit verantwortlichen Gebrauch machen.

90

91 • Wir wollen den Lehrerinnen und Lehrern vertrauen, dass sie guten Unterricht ma-
92 chen.

93 • Wir wollen den Professoren vertrauen, dass sie in Forschung und Lehre gut sein
94 wollen.

95 • Wir wollen den Unternehmern vertrauen, dass sie Arbeitsplätze wieder bei uns
96 schaffen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

97 • Wir wollen den Gewerkschaften vertrauen, dass sie nicht nur an die denken, die
98 einen Job haben, sondern auch an die, die arbeitslos sind.

99 • Wir wollen allen vertrauen, die es gut meinen mit Nordrhein-Westfalen.

100

101 Aber ohne eine gemeinsame Wertorientierung unserer Gesellschaft fehlt dem Vertrauen
102 die Grundlage. Wir wollen der Erosion des gemeinsamen Wertefundaments unserer Ge-
103 sellschaft Einhalt gebieten. Wir stellen dem Zeitgeist der Beliebigkeit eine wertorientierte
104 und deshalb zukunftsgerichtete Politik entgegen. Wir tun das in der Überzeugung, dass
105 das christlich-abendländische Menschenbild mit seinen Grundsätzen der Freiheit und
106 Würde des Einzelnen, der Personalität, Solidarität und Subsidiarität richtig ist. Wir sehen
107 darin den Auftrag Europas in einer globalisierten Welt und wollen die Grundsätze vertei-
108 digen gegen Fundamentalismus, Fanatismus, Rassismus und Irrationalismus.

109

110 Fleiß und Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft, Respekt und Toleranz, Gerechtigkeit und Ver-
111 antwortungsbewusstsein, Gemeinsinn, Mut, Rationalität und Urteilskraft – das sind Tu-
112 genden, ohne die kein Staat zu machen ist. Es sind Tugenden, zu denen erzogen werden
113 muss, auch in unseren Schulen, und die bestärkt werden müssen durch die gesellschaftli-
114 chen Institutionen. Das ist in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden. Weltoffen
115 und zukunftsgerichtet, gemeinsam mit den Menschen, den gesellschaftlichen Gruppen
116 und den Verbänden wollen wir Institutionen wieder stärken, die dem Einzelnen Halt und
117 Sicherheit geben.

118

119 Wir vertrauen auf die Kraft der Menschen, eine gute Zukunft zu gestalten. Durch Vertrau-
120 en in die Menschen, eine wertegebundene Politik und durch eine wirtschaftliche und sozi-
121 ale Ordnungspolitik wollen wir für unser Land einen Spitzenplatz in der Liga der Bundes-
122 länder und in der Liga der europäischen Regionen zurückerobern.

123

124 Wir wollen, dass unser Land wieder Zukunft hat. Deshalb treten wir ein:

125 • Für eine moderne, kinderfreundliche Familienpolitik,

126 • für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in einer partnerschaftlichen
127 Gesellschaft,

128 • für eine umfassende Bildungsreform,

129 • für international wettbewerbsfähige Universitäten,

130 • für Bürokratieabbau,

131 • für Subventionsabbau,

132 • für ein einfaches und gerechtes Steuersystem,

133 • für mehr Beschäftigung,

134 • für eine tragfähige soziale Sicherung,

135 • für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben,

- 136 • für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöp-
- 137 fung,
- 138 • für eine unnachsichtige Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus,
- 139 • für Integration und gegen Parallelgesellschaften,
- 140 • für eine privilegierte Partnerschaft der Türkei mit der EU und gegen eine Vollmit-
- 141 gliedschaft, die das europäische Einigungswerk massiv gefährden würde.
- 142
- 143 Wir sind stolz darauf, Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen zu sein – und
- 144 gemeinsam bringen wir unser Land voran! Dafür steht die CDU.

145 II. Unser Weg: Eine neue Politik für Nordrhein-Westfalen

146

147 Mehr Wachstum und Beschäftigung, mehr Bildung, mehr Sicherheit, weniger Staat: das ist
148 der Schlüssel zum Wiederaufstieg unseres Landes.

149

150

151 **Mehr Wachstum und Beschäftigung**

152

153 Wir wollen

154 • vorhandene Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen sichern helfen und den Arbeits-
155 losen neue Chancen geben

156 • mehr Arbeit und flexible Arbeitszeiten

157 • Studien- und Ausbildungszeiten verkürzen

158 • Frühverrentungsanreize abschaffen

159 • den Zugang zum Arbeitsmarkt auch durch Ausweitung von Kombilohn-Angeboten
160 ausweiten

161 • privates Kapital mobilisieren gegen den Verfall der sozialen, wirtschaftsnahen und
162 kommunalen Infrastruktur

163 • den Vorrang der privaten vor der öffentlichen Leistungserbringung durchsetzen.

164

165 Wir wollen

166 • eine Vereinfachung des Steuersystems nach dem Konzept von Friedrich Merz

167 • günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge im Mittelstand
168 schaffen und junge Leute zur Betriebsübernahme ermuntern

169 • eine wettbewerbliche Vergabe von Fördermitteln, zeitliche Limitierung der Förde-
170 rung und unabhängige Erfolgskontrolle

171 • die einzelbetriebliche Förderung auf kleine Unternehmen und Existenzgründer
172 konzentrieren.

173

174 Wir wollen

175 • die Steinkohleförderung bis 2010 halbieren

176 • die Überförderung der Windkraft beenden

177 • die fortschreitende Verteuerung der Energie stoppen

178 • Zukunftstechnologien mit hohem Wachstumspotential fördern statt veraltete In-
179 dustrien subventionieren.

180

181 Wir wollen

182 • konkrete Leitprojekte der Innovation anstoßen, z. B. auf den Gebieten
183 der Mobilität,

184 der Energieerzeugung,

185 der Kernkraft-Sicherheitstechnologie,

186 der Materialwissenschaft,

187 der Medizintechnik und

188 der Nachrichtentechnik,

189 • Jobmotoren voranbringen, z. B.

190 die Flughäfen,

191 die Hochschulen,

192 den Gesundheitssektor,

193 die Privathaushalte als Arbeitgeber,
194 den Minijob-Sektor
195 und ihr enormes Beschäftigungspotential in den nächsten 10 Jahren nutzen.

196
197

198 **Weniger Staat**

199

200 Wir wollen

- 201 • Personalabbau in den Landesministerien
- 202 • eine Verwaltungsreform für schlanke Strukturen, starke Kommunen und regionaler
203 Bündelung der öffentlichen Aufgaben
- 204 • die Privatisierung von Landesgesellschaften
- 205 • ein Standardflexibilisierungsgesetz, das die Abweichung von vorgegebenen Stan-
206 dards ermöglicht
- 207 • die Festsetzung von Prüf- und Bearbeitungsfristen
- 208 • eine wirksame und am Erfolg messbare Reduktion von Gesetzen, Verordnungen
209 und Erlassen
- 210 • eine wirksame und am Erfolg messbare Reduktion von Statistikpflichten für kleine
211 und mittlere Unternehmen
- 212 • eine dienstleistungsorientierte öffentliche Verwaltung, die die modernen Kommu-
213 nikationstechnologien bürgerfreundlich nutzt.

214

215

216 **Mehr Bildung**

217

218 Wir wollen

- 219 • dass unsere Schulabgänger rechnen, schreiben und lesen können
- 220 • den massenhaften Unterrichtsausfall von weit mehr als 5 Millionen Stunden im
221 Jahr bekämpfen
- 222 • 4.000 zusätzliche Lehrerstellen für verlässlichen Unterricht
- 223 • keine Einheitsschule, sondern das gegliederte Schulwesen erhalten und fortentwi-
224 ckeln
- 225 • dass kein Kind mehr eingeschult wird, das nicht deutsch kann
- 226 • die Bildungsarbeit in den Kindergärten stärken
- 227 • selbstbestimmte und selbstverantwortliche Schulen
- 228 • Rahmenlehrpläne und Zielvorgaben statt Detailsteuerung und Erlassflut
- 229 • kleinere Klassen und kleinere Schulen
- 230 • kleine Grundschulen erhalten
- 231 • ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Ganztagschulsystem.

232

233 Wir wollen

- 234 • das duale Berufsbildungssystem weiterentwickeln
- 235 • neue Formen des Kompetenzerwerbs für theorieschwache Jugendliche schaffen

236 Wir wollen

- 237 • den Hochschulen Freiheit geben
- 238 • dass Hochschulen ihre Studenten und Studenten ihre Hochschulen selbst aussuchen
- 239
- 240 • dass Hochschulen nachgelagerte Studiengebühren erheben können. Wir wollen
- 241 durch Darlehens- und Stipendienmodelle sicherstellen, dass jeder Zugang zu den
- 242 Hochschulen hat und unabhängig vom Einkommen seiner Eltern studieren kann.
- 243
- 244

245 **Mehr Sicherheit**

246

247 Wir wollen

- 248 • angstfreie öffentliche Räume in unseren Städten
- 249 • mehr Spezialaufklärer statt Einheitspolizisten
- 250 • mehr Polizeibeamte auf der Straße statt hinter dem Schreibtisch
- 251 • dauerhafte Sonderkommandos zur Bekämpfung der Alltags- und Massenkriminalität
- 252
- 253 • eine moderne Ausstattung für die Polizei
- 254 • eine orts- und bürgernahe Polizei mit den Landräten als Chefs der Kreispolizeibehörden
- 255
- 256 • das die Polizei künftig wieder für die öffentliche Ordnung zuständig ist
- 257 • die konsequente Nutzung der DNA-Analyse
- 258 • der Polizei durch Entlastung von Verwaltungsaufgaben mehr Zeit für den Vollzugsdienst geben
- 259
- 260 • eine „Null-Toleranz-Politik“ gegen die zunehmende Jugendkriminalität
- 261 • keinen Drogenhandel in Schulen und auf Schulhöfen.
- 262
- 263

264 **Neue soziale Sicherheit**

265

266 Wir wollen

- 267 • mehr kind- und familiengerechte Betreuungsangebote
- 268 • die Umwandlung von freiwerdenden Plätzen in Kindertagesstätten zugunsten von
- 269 Kindern unter drei Jahren
- 270 • mehr qualifizierte Tagesmütter und mehr Plätze für Kleinkinder in Tageseinrichtungen
- 271
- 272 • die Einrichtung von Familienzentren an Tagesstätten und Grundschulen.
- 273

274 Wir wollen

- 275 • Prävention und Gesundheitsförderung als Schwerpunkt der Gesundheitspolitik
- 276 • eine wohnortnahe medizinische Versorgung
- 277 • integrierte Versorgung durch enge Zusammenarbeit zwischen ambulanter und
- 278 stationärer Medizin, Pflege und Rehabilitation
- 279 • die Palliativmedizin und die Hospizbewegung stärken.

280 Wir wollen

- 281 • die Stärkung von Rehabilitation und Prävention in der Pflege
- 282 • die Weiterentwicklung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" und die Stärkung
- 283 der häuslichen Pflege
- 284 • die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Pflege und damit die
- 285 Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Angehörigen, Ehren-
- 286 amtlichen und Profis
- 287 • die Weiterentwicklung neuer alters- und pflegegerechter Versorgungs- und Wohn-
- 288 formen
- 289 • die Pflege von der ausufernden Bürokratie befreien.

290

291

292 Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang. Aber wir sind sicher: Nordrhein-

293 Westfalen kommt wieder. Nach 39 Jahren Herrschaft von Rot und Grün braucht unser

294 Land eine neue Politik. Das wird nicht einfach. Die CDU tritt vor die Wähler mit einer Stra-

295 tegie der Ehrlichkeit. Alles, was notwendig ist, kostet Geld. Das muss an anderer Stelle

296 eingespart werden. Dieses Programm sieht Mehrausgaben von rund 1,8 Milliarden Euro in

297 fünf Jahren vor. Diese wollen wir insbesondere für bessere Schulen, mehr Wachstum und

298 Beschäftigung, Alte, Kultur und Behinderte investieren. Dafür wollen wir 1,9 Milliarden

299 Euro kürzen bei Subventionen und beim Personal der inneren Landesverwaltung. Das

300 reicht aber noch nicht an Einsparung, um den Haushalt zu konsolidieren. Damit die heuti-

301 gen Schulden von fast 110 Milliarden Euro nicht weiter ins Uferlose steigen, muss der

302 Haushalt des Landes konsolidiert werden. Nur wenn wir weniger für Zinsen ausgeben,

303 haben wir auch das Geld für Investitionen in die Zukunft. Wer, wie die rot-grüne Landes-

304 regierung, immer neue Schulden in Milliardenhöhe macht, versteht nichts von Wirtschaft.

305 Nur durch einen klaren Konsolidierungskurs gibt es neues Wachstum und neue Arbeits-

306 plätze. Die Schuldenpolitik der rot-grünen Regierung ist Steinzeitökonomie. Deshalb müs-

307 sen weitere Einsparungen beim Personal, bei den Sachmitteln, den Förderprogrammen

308 und den Leistungsgesetzen vorgenommen werden. Wir wollen bis zum Jahre 2012 - aus-

309 gehend vom heutigen Ansatz – bis zu 20 Prozent dieser Ausgaben kürzen. Das bringt Ein-

310 sparungen von rund 4 Milliarden Euro. Dieses Opfer müssen wir den Menschen im Land

311 zumuten. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir unsere Kinder und Enkel nicht unzumut-

312 bar belasten wollen. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit heißt heute in erster

313 Linie, eine sparsame Haushaltspolitik zu betreiben.

314

315 Wir wissen: Nordrhein-Westfalen kann mehr. Damit es wieder aufwärts geht, braucht

316 Nordrhein-Westfalen eine neue Regierung. Wir werben um neues Vertrauen und bitten

317 die Menschen um ihre Hilfe - aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen.

318 **III. Unsere Schritte zu mehr Arbeit und Wohlstand**

319

320 Arbeit schafft Wohlstand, Arbeit für alle schafft Wohlstand für alle. Die jetzige Landesre-
321 gierung hat das Versprechen gebrochen, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern
322 oder auch nur zu reduzieren. Stattdessen waren im Januar 2005 985.600 Menschen ohne
323 Arbeit. Das ist die höchste Arbeitslosigkeit, die es jemals in unserem Land gab. Die Arbeits-
324 losigkeit verfestigt sich zunehmend. Weit über ein Drittel dieser Menschen sind schon ü-
325 ber ein Jahr ohne Job. Das wollen wir endlich ändern! Mehr Arbeit für unser Land – das ist
326 die zentrale Herausforderung der Politik in NRW.

327

328 Jobs entstehen, wenn es der Wirtschaft gut geht. Der Wirtschaft unseres Landes geht es
329 nicht gut. Das zeigen über 12.000 Unternehmenspleiten im Jahr 2004, ein dauerhaft un-
330 terdurchschnittliches Wachstum und eine zu geringe Selbständigenquote. Neue Arbeits-
331 plätze entstehen nur, wenn sich die Investition in neue Arbeitsplätze lohnt. Ein mangelhaf-
332 ter Ertrag von Investitionen in neue Betriebe und ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit gehen
333 Hand in Hand. Arbeitsschaffende Investitionen lohnen in Deutschland aber immer weni-
334 ger. Das kann niemanden gleichgültig lassen, dem die Menschen am Herzen liegen. Des-
335 halb ist neue Arbeit für uns die wichtigste Aufgabe, der wir uns stellen. Deshalb müssen
336 wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen endlich wieder richtig setzen. Deshalb wol-
337 len wir eine neue Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Arbeitsplätze.

338

339

340 **Unsere Grundsätze sind:**

341 - Es muss sich lohnen zu arbeiten. Auch wer gering qualifizierte Arbeit verrichtet, muss
342 so gestellt sein, dass er davon sich und seine Familie ernähren kann.

343

344 - Es muss sich lohnen, in Arbeitsplätze zu investieren. Dazu müssen wir die Unterneh-
345 men kurzfristig von Kosten entlasten. Langfristig müssen wir alles tun, damit unser
346 Land wieder bei Innovationen, Bildung und Forschung eine Spitzenposition innehat.

347

348 Wir wollen bessere Standortbedingungen für unsere Unternehmen und insbesondere den
349 Mittelstand:

350

351 **Mehr Arbeit**

352 Wir wollen

353 - mehr Arbeit und flexiblere Ausbildungszeiten.

354 - Studien- und Ausbildungszeiten verkürzen

355 - Frühverrentungsanreize abschaffen

356 - freiwillige Arbeit auch über das 65. Lebensjahr hinaus ermöglichen

357 - den Zugang zum Arbeitsmarkt auch durch Ausweitung von Kombilohn-Angeboten
358 erweitern

359

360 **Ein besseres Steuersystem**

361 70 Prozent des steuerrechtlichen Schrifttums auf der Welt erscheint in deutscher Sprache.
362 Das komplizierte deutsche Steuerrecht ist ein schwerwiegender Standortnachteil unseres
363 Landes im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Zukunftschancen. Es trifft
364 vor allem kleine und mittlere Betriebe, die sich keine große Fachabteilung für Steuerrecht
365 leisten können. Die dürftige Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen ist auch darauf zurück-
366 zuführen, dass das geltende Steuerrecht Personengesellschaften benachteiligt. Bei Be-
367 triebsübergaben im Mittelstand kommt es so schnell zu Belastungen, die nicht aus dem

368 laufenden Gewinn oder den Liquiditätsreserven gezahlt werden können. Durch die von
369 Rot-Grün beabsichtigte Anhebung der Erbschaftssteuer würde dieses Problem noch ver-
370 schärft.

371

372 Wir wollen

- 373 - eine drastische Vereinfachung des Steuersystems nach dem Konzept von Friedrich
- 374 Merz
- 375 - mehr Raum zur Eigenfinanzierung im Mittelstand durch niedrigere Steuersätze
- 376 - die steuerliche Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften, damit klei-
- 377 ne und mittlere Unternehmen bei der Gewinnthesaurierung nicht länger schlechter
- 378 gestellt werden
- 379 - günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge im Mittelstand
- 380 schaffen und junge Leute zur Betriebsnachfolge ermuntern. Deshalb sind wir gegen
- 381 eine Erhöhung der Erbschaftssteuern und eine Wiedereinführung der Vermögens-
- 382 steuer. Die Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen soll bei Weiterführung des Be-
- 383 triebes gestundet und durch jährliches Abschmelzen der Erbschaftssteuerlast ver-
- 384 ringert werden.

385

386 **Weniger Subventionen**

387 Anstatt immer weiter in die Kosten der Vergangenheit zu bezahlen, werden wir in die Zu-
388 kunft investieren. Wir werden Subventionen abbauen und umschichten.

389

390 Wir wollen

- 391 - die Steinkohleförderung halbieren
- 392 - die Förderung des Massenmietwohnungsbaus einstellen und die Fehlbelegungsab-
- 393 gabe (Ausgleichsabgabe) in NRW abschaffen
- 394 - die Überförderung der Windkraft beenden und die Förderung auf das Maß der letz-
- 395 ten unionsgeführten Bundesregierung zurückführen.

396

397 **Geringere Kostenbelastungen für die Wirtschaft**

398 Unsere Wirtschaft leidet unter gesetzlich verursachten Kosten, die in keinem anderen
399 Land anfallen. Diese Sonderlasten schwächen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirt-
400 schaft.

401

402 Wir wollen

- 403 - die künstliche Verteuerung der Energie durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz,
- 404 das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und die Ökosteuer stoppen
- 405 - EU-Bestimmungen wie den Emissionshandel oder die geplante Chemikalienverord-
- 406 nung künftig 1:1 umsetzen, so dass deutschen Unternehmen keine Sonderlasten
- 407 entstehen.

408

409 **Mehr Investitionen**

410 Die Kommunen werden in diesem Jahrzehnt einen Investitionsbedarf in Höhe von fast 700
411 Milliarden Euro auftürmen, von dem nur rund 200 Milliarden gedeckt sind. Vor allem Schu-
412 len, Kindergärten, Krankenhäuser, Verkehrseinrichtungen, Versorgungs- und Entsorgungs-
413 infrastruktur sind von dem kommunalen Investitionsstau betroffen. Allein in NRW hat sich
414 im letzten Jahr bei den Schulen ein Bedarf von 7 Milliarden Euro angesammelt. Hinzu
415 kommt der Investitionsbedarf von Bund und Ländern. Schuld an dem Desaster ist die pre-
416 käre Lage der öffentlichen Haushalte. Betroffen von der Zurückhaltung des Staates sind

417 vor allem die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk. Wir wollen der Wirtschaft
418 durch mehr Investitionen neue Wachstumsimpulse geben.

419 Wir wollen

- 420 - bisher öffentliche wahrgenommene Aufgaben wo sinnvoll und möglich privatisie-
421 ren
- 422 - privates Kapital mobilisieren gegen den Verfall der sozialen, wirtschaftlichen und
423 kommunalen Infrastruktur (Public-Private-Partnership)
- 424 - den Vorrang der privaten vor der öffentlichen Leistungserbringung durchsetzen,
425 um gerade mittelständische Unternehmen vor staatlicher Konkurrenz zu schützen
- 426 - sicherstellen, dass öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich in Teil- und Fachlose
427 zerlegt werden

428

429 **Wirksame Wirtschaftsförderung**

430 In Nordrhein-Westfalen gibt es eine unüberschaubare Zahl von Wirtschaftsförderungspro-
431 grammen, -initiativen und -maßnahmen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen finden
432 sich in diesem Förderdschungel nicht mehr zurecht. Gleichzeitig sinken aufgrund der deso-
433 lanten Haushaltslage die zur Verfügung stehenden Mittel immer weiter ab. Wir werden die
434 Förderung mit der Gießkanne beenden und die Mittel auf die Projekte und Zielgruppen
435 konzentrieren, wo der Erfolg am größten ist.

436

437 Wir wollen

- 438 - den rot-grünen Förderwirrwarr beenden und klare und transparente Förderstruktu-
439 ren schaffen
- 440 - die institutionelle Wirtschaftsförderung unter Beteiligung der Vereinigungen und
441 Verbände der Wirtschaft privatisieren. Unter dem Dach des neuen Wirtschaftsför-
442 derunternehmens werden alle Landesinstitutionen der Wirtschaftsförderung in
443 Form eines Netzwerks gebündelt.
- 444 - die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Regionen unseres Landes durch ei-
445 ne konsequent regionalisierte Wirtschaftsförderung stärken. Die Regionen sind als
446 selbstverantwortliche Einheiten zu entwickeln, die untereinander mit ihren selbst
447 entwickelten Entwicklungsprojekten im Wettbewerb um Fördermittel des Landes
448 stehen. Die individuellen Stärken jeder Region müssen geweckt und gefördert wer-
449 den.
- 450 - die Kompetenz- und Wachstumsfelder Nordrhein-Westfalens in den Bereichen E-
451 nergie und Energietechnik, Chemie, Maschinenbau, Logistik und Verkehr, Tele-
452 kommunikation und Nachrichtentechnik, Medizintechnik, Bio- und Gentechnolo-
453 gie, neue Werkstoffe, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik, Umwelttechnik
454 und Ernährungswirtschaft fördern anstatt veraltete Industrien zu subventionieren
- 455 - die einzelbetriebliche Förderung auf kleine Unternehmen und Existenzgründer
456 konzentrieren, weil gerade hier mit geringem Einsatz besonders viel bewirkt wer-
457 den kann
- 458 - eine wettbewerbliche Vergabe von Fördermitteln, die Forderung einer angemesse-
459 nen Selbstbeteiligung privaten Kapitals, eine zeitliche Limitierung der Förderung
460 und unabhängige Erfolgskontrolle
- 461 - intelligente Beratungsangebote als Hilfe zur Selbsthilfe.

462 Wir wollen neue Arbeitsmärkte erschließen

463

- Jobmotor Flughafen

465 Bei unseren Flughäfen können bei jeder Steigerung des Passagieraufkommens um
466 1 Mio. bis zu 3.000 neue Jobs am und um den Flughafen entstehen. Bei einer Fort-
467 setzung des letztjährigen Wachstums kann für die nächsten zehn Jahre von einem
468 Potential an direkten und indirekten Jobs von bis zu 50.000 ausgegangen werden.
469 Wir wollen helfen, dieses Potential zu erschließen.

470

- Jobmotor Hochschulen

472 Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit in den nächsten zehn Jahren im
473 Umfeld von Hochschulen mindestens 50.000 Arbeitsplätze entstehen. In dieser
474 Höhe liegt nach fachlicher Einschätzung das Job-Potential bei verbesserten Rah-
475 menbedingungen.

476

- Jobmotor Gesundheit

478 Der Gesundheitssektor von ambulanter und stationärer medizinischer und pflegeri-
479 scher Betreuung über Medizintechnik, Apotheken und Zulieferbranchen, bis zum
480 Fitness- und Wellness-Bereich stellt einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Seine
481 Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. Experten schätzen das Be-
482 schäftigungspotential in Nordrhein-Westfalen bis 2015 auf bis zu 150.000 weitere
483 Arbeitsplätze. Wir unterstützen den Gesundheitssektor bei der Aktivierung dieses
484 Potentials.

485

- Jobmotor haushaltsnahe Dienstleistungen

487 Viele Arbeiten fallen in privaten Haushalten an. Dazu zählen sowohl viele einfache
488 Arbeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen (z. B. Hilfen bei der Lebens-
489 führung im Alltag, Zuarbeiten, Gartenarbeiten) als auch anspruchsvolle Arbeiten
490 wie die Versorgung und Pflege älterer Menschen oder die Kinderbetreuung bei be-
491 rufstätigen Eltern. Dieser Beschäftigungssektor ist in Deutschland nicht erschlos-
492 sen. Seine Erschließung und Entwicklung wird umso dringlicher, als sich durch die
493 demographische Entwicklung die Nachfrage erhöhen wird. Wir gehen davon aus,
494 dass hier ein Potential von rund 800.000 neuen Jobs allein in Nordrhein-Westfalen
495 besteht. Nordrhein-Westfalen übernimmt Pionierverantwortung bei der Erschlie-
496 ßung haushaltsnaher Beschäftigung und setzt sich ein für

497 - die Schaffung und Förderung privater Agenturen zur Vermittlung haushaltsna-
498 her Dienstleistungen

499 - die generelle steuerliche Anerkennung von Privathaushalten als Arbeitgebern

500 - die Novellierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung

501 - nachvollziehbare, unbürokratische und effizientere steuer- und sozialversiche-
502 rungsrechtliche Regelungen für eine Tagesmütter- und Tagesväter-Initiative

503 - die Schaffung von neuen Angeboten für Senioren, auch als Ergänzung der
504 Fachpflege.

505

- Jobmotor Minijob

507 Das Konzept der Minijobs der CDU ist umgesetzt worden. Geringfügige Beschäfti-
508 gungsverhältnisse sind bis 400 Euro monatlich wieder „brutto für netto“ möglich.
509 Hier zahlen die Arbeitgeber eine 25prozentige Pauschale für Steuern und Sozialab-
510 gaben. In einer Progressionszone zwischen 400 und 800 Euro zahlen die Arbeitgeber

511 ber immer 21 Prozent, die Arbeitnehmeranteile an den Sozialversicherungsbeiträ-
512 gen steigen linear von 4 Prozent auf 21 Prozent.

513

514 Dieses Konzept ist eine Forderung der CDU gewesen und hat sich, bis jetzt als ein-
515 ziger Teil der Hartz-Reformen, als erfolgreich erwiesen. So hat die Zahl der Mini-
516 jobber in Nordrhein-Westfalen von 1,4 Mio. im Juni 2003 auf fast 1,7 Mio. im Sep-
517 tember 2004 zugenommen.

518

519 Wir wollen deshalb jetzt die Progressionszone, in der die Arbeitnehmer nur ermä-
520 ßigte Abgaben zahlen, von 800 auf 1.200 Euro ausdehnen. Auf diese Weise können
521 wir die Anreize zur Schaffung und zur Aufnahme von einfacher Arbeit noch attrak-
522 tiver gestalten und eine weitere Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit stoppen.

523

524 Wir wollen eine Politik machen, bei der die von Rot-Grün ausgebremsen Jobmotoren auf
525 Touren kommen. Wir trauen uns eine Politik zu, bei der die Hälfte ihres Beschäftigungspo-
526 tentials mittelfristig erschlossen wird.

527

528 **Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe**

529

530 NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland spielt in der Arbeitsmarktpolitik des Bundes
531 eine besondere Rolle. Dies zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vier-
532 ten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV). In NRW haben
533 zwei kreisfreie Städte und acht Landkreise von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, für die
534 gesamte Wahrnehmung der Aufgaben nach dem neuen Gesetz (SGB II) zu optieren. In un-
535 serem Land besteht damit die besondere Chance zu beweisen, dass die kommunale Ebene
536 besser für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen geeignet ist als die Bundesagentur für
537 Arbeit.

538

539 Die gesetzliche Regelung von Hartz IV hat sich in der praktischen Vorbereitung der Um-
540 setzung als „auslegungsbedürftig“ erwiesen. Denn bei wichtigen Betreuungsaktivitäten (z.
541 B. Berufsberatung, Ersteingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt, Bekämpfung der
542 Jugendarbeitslosigkeit) ist es problematisch, zwischen der Betreuung von Arbeitslosen-
543 geld II-Empfängern und der Betreuung von sonstigen Personen zu unterscheiden. Darüber
544 hinaus (z. B. bei der Rehabilitation von Behinderten bzw. bei der beruflichen Rehabilitation
545 allgemein) hat sich gezeigt, dass mit dieser Aufgabenzuständigkeit auch eine erhebliche
546 finanzielle Verantwortung verbunden ist und entsprechend fachlich kompetente, speziali-
547 sierte Mitarbeiter vorgehalten werden müssen.

548

549 Es ist deshalb zu befürchten, dass ein fairer Wettbewerb mit gleichen Ausgangsbedingun-
550 gen zwischen Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern nicht ge-
551 währleistet wird.

552

553 Nach dem dringend notwendigen Regierungswechsel in NRW wird die CDU ihren Einfluss
554 im Bundesrat geltend machen, damit Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit
555 bei der Umsetzung und Anwendung des Gesetzes die optierenden Kommunen fair behan-
556 deln und sie in gleicher Weise, insbesondere finanziell, ausstatten wie die örtlichen Ar-
557 beitsagenturen.

558 Benachteiligte Jugendliche

559 In NRW wird es immer schwieriger, eine Arbeit zu finden. Unter der Job-Knappheit leiden
560 vor allem die sozial benachteiligten, schulumüden oder lernschwachen jungen Menschen.
561 So hatten von den knapp 90.000 jungen Menschen unter 25 Jahren, die im Dezember ar-
562beitslos gemeldet waren, über 50 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. Nach
563 Schätzungen hatten rund 10 Prozent nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Trotzdem
564 hat die rot/grüne Landesregierung das sehr erfolgreiche Programm „Betrieb und Träger“
565 (BUT) von heute auf morgen gestrichen, das bis 2003 jedes Jahr für rund 1.000 schulumüde
566 Jugendliche fast die einzige Möglichkeit war, einen Schulabschluss und damit Chancen auf
567 einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Auch diese Jugendlichen brauchen eine Chance.

568
569 Die CDU will ein BUT vergleichbares Programm auflegen, mit dessen Hilfe auch schulumü-
570 de Jugendliche, für die die Schule nicht mehr der richtige Lernort ist, das letzte Pflicht-
571 schuljahr schaffen und sich für einen Einstieg ins Berufsleben fit machen können.

572
573 Im Rahmen der Hartz-Reformen hat jeder erwerbsfähige Jugendliche einen Anspruch auf
574 Vermittlung in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit. Die Lehrstellen-
575 lücke wird aber seit Jahren immer größer. Es besteht darum die Gefahr, dass gerade be-
576 nachteiligte Jugendliche keine Ausbildung finden und deshalb verstärkt in eine schlecht
577 bezahlte Arbeit oder in sog. Ein-Euro-Jobs vermittelt werden. Dies darf nicht zu einer Sack-
578 gasse für die jungen Menschen werden. Wir werden uns deshalb gemeinsam mit den
579 Kommunen darum bemühen, dass auch die Jugendhilfe formal in die Arbeitsgemeinschaf-
580 ten der Agenturen für Arbeit und der Kommunen eingebunden wird und so passgenaue
581 Möglichkeiten für bisher benachteiligte Jugendliche zur Qualifizierung und Integration in
582 das Arbeitsleben geschaffen werden können.

583 Regionale Besonderheiten durch Entscheidung in der Region berücksichtigen

584 Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit großen regionalen Unterschieden. Das gilt auch für
585 den Arbeitsmarkt. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die örtlichen IHKs und
586 Handwerkerschaften, Kommunen und Arbeitsagenturen sowie andere Anbieter von Maß-
587 nahmen wissen über die Besonderheiten von Arbeitsmarkt und Wirtschaft vor Ort am bes-
588 ten Bescheid. Deshalb sollen sie in Zukunft auch (wieder) selbst im Rahmen eines Budgets
589 über die Verwendung der vorhandenen Landes- und EU-Mittel entscheiden können.
590

591 **IV. Unsere Schritte zu einer nachhaltigeren Haushalts- und** 592 **Finanzpolitik**

593
594 Nordrhein-Westfalen ist durch falsche Politik zum Bundesland mit den höchsten Schulden
595 in Deutschland geworden. Fast 110 Milliarden Euro Schulden - das sind mehr als 6.000 Eu-
596 ro pro Bürger - sind die Folge dieser Politik. Allein in den letzten fünf Jahren hat Steinbrück
597 die Nettoneuverschuldung um gut 27 Milliarden Euro erhöht, davon allein mehr als 6,7
598 Milliarden Euro im letzten Jahr. Deshalb zahlt das Land inzwischen mehr Geld für Zinsen
599 als für eigene Investitionen. Weniger Investitionen bedeuten weniger Arbeitsplätze in
600 NRW. Mehr Schulden bedeuten immer neue Lasten für zukünftige Generationen. Diese
601 Schulden belasten die Zukunft unseres Landes.

602
603 Wir wollen, dass in unserem Land wieder eine Finanzpolitik gemacht wird, die unsere Zu-
604 kunft auf ein sicheres Fundament stellt. Das bedeutet: Es muss Schluss sein mit der unver-
605 verantwortlichen Schuldenmacherei und immer neuen verfassungswidrigen Haushalten. Wir
606 müssen dafür sorgen, dass das Land wieder Geld hat, um die Zukunftsaufgaben zu finan-
607 zieren, statt immer höhere Zinsen für die Fehler der Vergangenheit zu zahlen.

608
609 Der Abbau der in fast vier Jahrzehnten aufgebauten Lasten ist eine anspruchsvolle Aufga-
610 be. Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen, im Interesse der Zukunft unseres Landes.

611
612 Dazu wollen wir in den nächsten Jahren alle Aufgaben und Ausgaben des Landes auf einen
613 harten Prüfstand stellen:

- 614 - Wir wollen den Dschungel der Förderprogramme und Projektförderungen, Einzel-
615 töpfe und Beschäftigungsprogramme lichten,
- 616 - wir wollen die Zahl der vom Land wahrgenommenen Aufgaben drastisch reduzieren
617 und dadurch gleichzeitig die Ausgaben für Personal und Sachkosten deutlich ver-
618 ringern,
- 619 - wir wollen das vorhandene Personal effizienter einsetzen,
- 620 - wir wollen Fördermittel und Zuschüsse zukünftig in wettbewerblichen Verfahren
621 vergeben,
- 622 - wir wollen Landeseinrichtungen und -beteiligungen auf ihren Nutzen für das Land
623 überprüfen und wo möglich uns von ihnen trennen.
- 624 - wir wollen die Verschwendung bei Hochglanzbroschüren und Gutachtenvergaben
625 stoppen,
- 626 - wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dem Land in Zukunft weniger
627 Einnahmen durch Betrug entgehen.

628
629 Dadurch wollen wir das aufgelaufene strukturelle Defizit im Landeshaushalt, d. h. den Be-
630 trag, der jährlich mehr ausgegeben als eingenommen wird, in Höhe von etwa 6 Milliarden
631 Euro mittelfristig reduzieren, wieder tatsächlich - und nicht nur scheinbar - verfassungs-
632 gemäße Haushalte aufstellen und so bald wie möglich einen ausgeglichen Landeshaushalt
633 erreichen.

634 **V. Unsere Schritte zu mehr Bildung**

635

636 Wir brauchen einen schulpolitischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen. Die Zukunft un-
637 seres Landes beginnt im Klassenzimmer. Wir brauchen die besten Schulen. Schulen, in den-
638 nen jedes Kind und jeder Jugendliche ihre Fähigkeiten und Begabungen entfalten können.
639 Alle sollen ihre Fertigkeiten und ihr Wissen für ihren Lebensweg, für den Wohlstand und
640 für die Zukunft unseres Landes bestmöglich einsetzen können.

641

642 Das erreichen wir durch eine neue Schulpolitik:

643

644 Wir wollen Schulen mit Profil. Wir wollen keine Einheitsschule. Den von der SPD geplanten
645 Ausstieg aus dem gegliederten Schulsystem lehnen wir ab. Nicht verordnete Gleichheit,
646 sondern individuelle Förderung und ein begabungsgerechtes Schulwesen verbessern die
647 Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Wir wollen das gegliederte Schulwesen
648 fortentwickeln und seine Durchlässigkeit auf allen Ebenen sicherstellen. Wir wollen, dass
649 die Profile und Bildungsziele der unterschiedlichen Schulformen im nordrhein-
650 westfälischen Schulgesetz bestimmt werden. Wir wollen den Kommunen bei rückläufigen
651 Schülerzahlen die Möglichkeit geben, Haupt- und Gesamtschulen zur Aufbauschule wei-
652 terzuentwickeln. Wir wollen, dass die bestehenden Gesamtschulen die Leistungsstandards
653 wie alle anderen Schulformen erfüllen müssen und sich unter den gleichen Rahmenbedin-
654 gungen dem Wettbewerb stellen.

655

656 Wir wollen den Schulen mehr Freiheit geben.

657 Wir wollen die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Schulen im nordrhein-
658 westfälischen Schulgesetz verankern. Das Schulwesen bleibt staatlich verantwortet und
659 steht unter der Aufsicht des Staates. Die Schulen sollen jedoch im Rahmen der staatlichen
660 Vorgaben und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Erziehung, den Unterricht, das
661 Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung
662 gestalten. Das bedeutet:

663 - Die Schulen erhalten Stellen und ein Sachmittelbudget.

664 - Der Schulleiter wird im Einvernehmen mit dem Schulträger durch die Selbstverwal-
665 tungsorgane der Schule auf die Dauer von acht Jahren gewählt.

666 - Die Schulen stellen Lehrerinnen und Lehrer selbst ein.

667 - Das Land gibt Kerncurricula und Bildungsstandards vor. Die Schulen konkretisieren
668 die Kerncurricula und müssen die Bildungsstandards eigenverantwortlich errei-
669 chen. Sie tragen dabei den besonderen Voraussetzungen ihrer Schülerinnen und
670 Schüler sowie den besonderen Merkmalen der Schule und ihres regionalen Umfel-
671 des inhaltlich und unterrichtsorganisatorisch angemessen Rechnung.

672 - Die Schulen stellen sich so dem Wettbewerb um die Verbesserung der schulischen
673 Arbeit.

674 - Die Schulen werden auf dem Weg in die Selbstbestimmung und Selbstverantwor-
675 tung vom Land wirksam unterstützt.

676

677 Wir wollen ein Schulwesen, in dem Leistung und Qualität gewährleistet sind.

678 - Wir sind für zentrale Abschlussprüfungen.

679 - Wir wollen Lernstandserhebungen in den 3. und 8. Klassen, damit genügend Zeit
680 bleibt zur Aufarbeitung von Defiziten.

681 - Wir wollen eine starke, schulformspezifische Schulaufsicht.

682 - Bildungsstandards sind die Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen der
683 internen und externen Evaluation. Die Schulen und die Schulaufsicht sind zu konti-
684 nuierlicher Qualitätsentwicklung und -sicherung verpflichtet. Diese Aufgabe er-
685 streckt sich auf die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit, die Organisation der
686 Schule, das Schulleben sowie auf die außerschulischen Kooperationsbeziehungen.
687 Die Evaluation dokumentiert die Leistungs- und Qualitätsentwicklung der Schulen
688 und dient der Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität schulischer Abschlüsse.
689

690 Wir wollen mehr und verlässlichen Unterricht.

691 Im nationalen Vergleich wird in Nordrhein-Westfalen laut Studententafel zu wenig Unter-
692 richt erteilt. Und zu viel Unterricht fällt aus. Das ist unverantwortlich.

693 - Für verlässlichen Unterricht wollen wir ab 2005 4.000 zusätzliche Lehrerstellen
694 schaffen.

695 - Lehrer sollen unterrichten und nicht verwalten. Zur Entlastung der Lehrer von Ver-
696 waltungsaufgaben wollen wir durch Verlagerung von Stellen aus anderen Bereichen
697 der Landesverwaltung Verwaltungsfachleute in die Schulen und an die Kommunen
698 geben.
699

700 Wir wollen individuelle Förderung.

701 Kinder und Jugendliche sind vielfältig und unterschiedlich begabt. Wichtig für den Bil-
702 dungsweg und den Bildungserfolg ist die individuelle Förderung. Wir wollen sie nachhaltig
703 verbessern.

704 - Wir wollen kleinere Klassen. Schulen gestalten im Rahmen ihrer Personalmittel die
705 Klassengrößen flexibel, wenn die pädagogische Notwendigkeit dazu gegeben ist.

706 - Wir wollen kleinere Schulen statt anonyme Lernfabriken. Für den individuellen
707 Lernerfolg ist wichtig, dass Schüler, Eltern und Lehrer sich kennen. Deshalb wollen
708 wir auch unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen ein wohnortnahes
709 differenziertes Schulangebot sicherstellen.

710 - Erkannte Lern- und Leistungsdefizite werden durch die Umsetzung von individuel-
711 len Lern- und Förderplänen behoben.

712 - An Schulen werden außerunterrichtliche Angebote eingerichtet, die der besonde-
713 ren Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen.

714 - Ehrenamtliches und soziales Engagement der Schülerinnen und Schüler werden
715 begrüßt und unterstützt.

716 - Zur gezielten Förderung von hochbegabten wie leistungsschwächeren Kindern und
717 Jugendlichen wird den Schulen die Möglichkeit gegeben, Förderverbände zu grün-
718 den, die diesen Kindern ein erweitertes Bildungsangebot bzw. eine zielgerechte
719 Förderung zur Verfügung stellen.
720

721 Wir wollen mehr Bildungschancen von Anfang an.

722 Das größte Hindernis für einen erfolgreichen Schulstart ist die mangelnde Sprachfähigkeit
723 vieler Kinder.

724 - Wir wollen, dass kein Kind mehr ohne ausreichende Sprachkenntnisse eingeschult
725 wird. Deshalb muss die Sprachfähigkeit aller Kinder am Ende des vierten Lebensjah-
726 res verbindlich überprüft werden. Bei erkannten Defiziten werden die Kinder in ver-
727 bindlichen, qualitativ gesicherten Sprachkursen gefördert.

728 - Zur besseren Vorbereitung auf die Schulen wollen wir die Bildungsarbeit in den
729 Kindergärten stärken.

- 730 Wir wollen Ganztagschulen.
- 731 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken und die Erziehungs- und Bildungsvorteile der Ganztagschule nutzen. Für den Auf- und Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsgerechten echten Ganztagschulsystems werden nach einer Anlaufphase
- 733 Mittel in einer Größenordnung von schließlich 120 Millionen Euro jährlich bereitgestellt.
- 734

735 **VI. Unsere Schritte zu einer modernen Berufsbildung**

736

737 Schnelle Veränderungen in Produktion und Dienstleistung, Arbeitsorganisation und Wirt-
738 schäftsstruktur erfordern es, dass wir das bewährte System der Berufsausbildung weiter-
739 entwickeln und zukunftsfest machen. Befähigungen und Bedürfnisse von leistungsstarken
740 und leistungsschwächeren Jugendlichen müssen dabei gleichermaßen berücksichtigt wer-
741 den. Viel zu viele Jugendliche werden in unserem Land ohne Schul- und Berufsabschluss in
742 die Perspektivlosigkeit entlassen. Nötig ist eine dritte Säule der Berufsbildung, die ihnen
743 neue Perspektiven gibt. Dazu muss ein Bausteinsystem aufgebaut werden, in dem keine
744 Bildungs- oder Ausbildungsleistung verloren geht oder mehrmals verlangt wird.

745

746 Wir setzen uns ein für eine moderne Reform der Berufsbildung.

747

748 - Wir wollen, dass berufliche Kompetenzen in Zukunft auch dann bescheinigt und
749 anerkannt werden, wenn sie nicht komplett den definierten Anforderungen eines
750 Berufsbildes genügen. Wer schwach in der Theorie ist, aber gut in der Praxis, hat
751 nicht versagt (Kompetenz-Module).

752 - Wir wollen mehr einfachere und praxisorientiertere Ausbildungen. Qualifizierungs-
753 bausteine und Teilqualifikationen sollen helfen, das Ausbildungsziel zu erreichen.

754 - Statt eines starren Festhaltens an einer dreijährigen Ausbildungszeit wollen wir
755 auch kürzere und längere Ausbildungsgänge in einem gestuften System in Verbin-
756 dung mit Qualifizierungsbausteinen/Modulen und Zusatzqualifikationen einrich-
757 ten.

758 - Wir wollen die Verbundausbildung stärken. Immer weniger Betriebe können ange-
759 sichts der zunehmenden Spezialisierung ein komplettes Berufsbild in der Ausbil-
760 dung abdecken. Durch den Zusammenschluss mehrerer Betriebe und Ausbildungsin-
761 richtungen können arbeitsteilig die geforderten Bildungsinhalte vermittelt wer-
762 den.

763 - Wir streben eine gestreckte Abschlussprüfung an. Dabei werden die Leistungen
764 aus mehreren zeitlich in die Ausbildung eingebauten Einzelprüfungen erfasst und
765 auf die Abschlussprüfung angerechnet.

766 - Wir wollen, dass alle beruflich erworbenen Zertifikate, Abschluss- und Weiterbil-
767 dungsprüfungen in einem einheitlichen individuellen Bildungspass dokumentiert
768 werden.

769 - Wir wollen, dass berufliche Bildung deutlich mehr als bisher fester Bestandteil von
770 Tarifverhandlungen wird, in denen u. a. über Arbeitszeit und Vergütung entschie-
771 den wird. Dabei stehen die Tarifparteien auch in der Verantwortung zu überlegen,
772 ob und wo ein Abweichen von tarifvertraglich festgelegten Ausbildungsvergütun-
773 gen sinnvoll sein kann, wenn dadurch mehr Lehrstellen geschaffen werden können.

774 - Wir wollen, dass Ausbildungsbetriebe inhaltlich und zeitlich vom betrieblichen
775 Ausbildungsplan in Abstimmung mit den Auszubildenden und der Schule abwei-
776 chen können, soweit betriebliche Notwendigkeiten dies erfordern.

777 - Wir wollen, dass Ausbildungsabschnitte zukünftig auch vermehrt im Ausland erfol-
778 gen können. Hierbei muss eine Anrechnung der geleisteten Ausbildungszeiten auf
779 die Ausbildung erfolgen.

780 - Wir wollen uns für die Gründung von Berufsakademien auch in Nordrhein-
781 Westfalen einsetzen.

782 **VII. Unsere Schritte zu Spitzenleistungen in Hochschulforschung** 783 **und -lehre**

784
785 Unsere Hochschulen brauchen mehr Freiheit und Autonomie. Sie müssen besser ausgestatt
786 etet und aus der staatlichen Bevormundung und Zwangsbewirtschaftung in die Freiheit
787 entlassen werden.

788
789 Das erreichen wir durch eine neue Hochschulpolitik:

790
791 - Wir verzichten auf staatlichen Dirigismus und Detailsteuerung. Hochschulen sollen
792 keine staatlichen Anstalten mehr sein. Sie werden Körperschaften des öffentlichen
793 Rechts. Wir werden das Hochschulgesetz entrümpeln: Ein Drittel der Paragraphen
794 kann gestrichen werden. Wir brauchen weder Leerfloskeln noch Detailregelungen
795 im Gesetz.

796
797 - Wir wollen, dass Hochschulen ihre Studenten und Studenten ihre Hochschulen
798 selbst aussuchen. Wir wollen, dass Hochschulen alle Professoren selbst berufen
799 und selbst über den Einsatz des Personals und der Finanzen entscheiden.

800
801 - Wir wollen, dass die Hochschulen Vermögen bilden und eigene Einnahmen erwirt
802 schaften können. In der Stiftungshochschule sehen wir ein ausgezeichnetes Mo
803 dell, um größtmögliche Staatsferne und Autonomie zu praktizieren.

804
805 - Wir wollen, dass die Hochschulen nachgelagerte Studiengebühren erheben kön
806 nen. Es ist fair und gerecht, wenn diejenigen, die einmal überdurchschnittlich gut
807 verdienen, dazu selbst einen Beitrag leisten, wenn sie einen guten Job haben. Das
808 Stipendienwesen wollen wir ausbauen. Bildungsdarlehen wollen wir unterstützen.
809 Wer Studiengebühren zahlt, muss gute Studienbedingungen vorfinden. Das Ange
810 bot der Hochschulen muss jedem Studenten ermöglichen, sein Studium in der Re
811 gelstudienzeit erfolgreich abzuschließen.

812
813 - Wir wollen eine Revision der Kapazitätsverordnung. Sie hat in der bisherigen Form
814 ausgedient. Für die erfolgreiche Einführung von Bachelor- und Masterstudiengän
815 gen ist sie ein Hindernis. Die Kapazitätsverordnung steuert nur Mengen, sie schafft
816 keine Qualität. Deshalb werden wir auf Bundesebene für eine Änderung der gel
817 tenden Gesetzeslage sorgen.

818
819 - Wir wollen, dass die Hochschulen künftig auf der Basis von Zielvereinbarungen
820 selbst Studiengänge oder Fakultäten einrichten oder auflösen können.

821
822 - Hochschulen sind keine Unternehmen. Wir werden uns In der Landes
823 Hochschulplanung an wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen orientie
824 ren und nicht an vordergründig-ökonomischen Erwägungen. Wir werden die Geis
825 teswissenschaften an den Universitäten stärken.

826 **VIII. Unsere Schritte zu einer Stärkung der Kultur**

827

828 Kultur ist der Kern unserer Verfassung und unserer staatlichen Ordnung. Geschichte,
829 Sprache, Tradition und Werte und die künstlerischen Ausdrucksformen begründen we-
830 sentlich unser Selbstverständnis und unsere Identität. Kultur muss wieder einen selbst-
831 verständlichen Stellenwert in der Politik haben. Wenn uns die Rückbesinnung auf unsere
832 Kultur nicht gelingt, wächst die Gefahr, dass in ferner Zukunft die Wogen von Irrationa-
833 lismus, Fundamentalismus und Fanatismus die Humanität unter sich begraben und mit ihr
834 die soziale Demokratie, die der politische Ausdruck des christlichen Fundaments Europas
835 ist.

836

837 Kulturpolitik hat für uns einen besonderen Stellenwert:

838

839 - Der künstlerisch-musische Unterricht an den Schulen muss gestärkt werden.
840 Künstler (Musiker, Schriftsteller, bildende Künstler, Architekten, Schauspieler und
841 Regisseure) sind in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen. Dafür werden
842 wir unbürokratische Modelle der Vertragsgestaltung und Bezahlung entwickeln.

843

844 - Das kulturelle Gedächtnis Europas hat seinen Ort in den Universitäten. Der Sach-
845 walter der Kultur ist in besonderem Maße die Geisteswissenschaft. Durch die er-
846 forderlichen Hochschulreformen dürfen die Geisteswissenschaften nicht ge-
847 schwächt werden. Sie können im Wettbewerb um Drittmittel nicht mit den Natur-
848 wissenschaften und den technischen Disziplinen konkurrieren.

849

850 - Die Kunstförderung im Rahmen einer neuen Kulturpolitik wird die Eigenständigkeit
851 der Kunsthochschulen stärken. Für Nordrhein-Westfalen heißt das konkret: Das
852 Kunsthochschulgesetz darf nicht in das erforderliche neue Hochschulgesetz integ-
853 riert werden.

854

855 - Wir benötigen eine Intensivierung des Dialogs über Ästhetik und Stadtbaukunst
856 zwischen Architekten, Stadtplanern, Investoren, Denkmalschützern, Bauindustrie,
857 Bauverwaltung und Bürgern zur Weiterentwicklung unserer Baukultur.

858

859 - Theater, Konzertsäle, Opernhäuser, Bibliotheken und Museen -- auch Museen mit
860 spezieller Ausrichtung -- sind öffentliche Einrichtungen unseres kulturellen Lebens.
861 Der Reichtum, den sie darstellen und erzeugen, ist nicht in ökonomischen Katego-
862 rien messbar. Ihre Erhaltung darf nur begrenzt von ökonomischer Profitabilität ab-
863 hängen.

864

865 - Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt eine vielfältige und lebendige freie Szene.
866 Hier kann und sollte sich das Land nicht überall finanziell beteiligen. Aber das Land
867 kann und muss mehr als bisher zur Profilierung und Professionalisierung der freien
868 Szene beitragen.

- 869 - Wir brauchen stiftungs- und steuerrechtliche Regelungen, die es für Unternehmen
870 und Privatpersonen wirklich attraktiv machen, in Kultureinrichtungen zu investie-
871 ren. Das Einkommensteuergesetz muss entsprechend geändert werden.
872
- 873 - Die staatliche Kunstförderung muss für Bedingungen Sorge tragen, unter denen
874 Kunst stattfinden kann. Das kann sie nur mittelbar. Sie muss auf die Expertise von
875 Künstlern und Kunstverständigen vertrauen und in diesem Vertrauen Maßnahmen
876 fördern, die zur Bildung von Künstlerpersönlichkeiten und zum Gelingen von Kunst
877 geeignet erscheinen. Wichtig ist vor allem, dass Künstlern Zeit gegeben wird.
878 Strukturen der Teamarbeit und der Organisation in Netzwerken zwischen Bürgern,
879 Städten und Gemeinden, freier Szene, Kirchen, Medien und Kunsthochschulen
880 müssen gestärkt werden.
881
- 882 - Der Kulturhaushalt des Landes ist mittelfristig zu verdoppeln. Angesichts seiner
883 derzeitigen Geringfügigkeit (0,2 bis 0,3 Prozent des Haushaltes) ist dies weniger
884 eine Frage der Finanzmittel als eine solche der richtigen Prioritätensetzung.
885
- 886 - Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Medien, großer öffentlicher, rechtlicher und
887 privater Rundfunkanstalten, der Filmwirtschaft, der Verlage und anderer Medien-
888 unternehmen. Auch die Medien sind Träger der kulturellen Bildung. Die Politik
889 muss den Medienstandort NRW besonders auch unter qualitativen Gesichtspunk-
890 ten stärken. Die Medien müssen sich im Gegenzug darauf besinnen, dass sie einen
891 Großteil ihrer Ressourcen einschließlich von Mitarbeitern aus Kunst und Kultur be-
892 ziehen. Daher müssen sie Kunst und Kultur mehr als bisher fördern.
893

894 IX. Unsere Schritte zu mehr Innovation

895

896 Als Land der Innovation lebt Nordrhein-Westfalen heute in einem unverantwortlich hohen
897 Maße von der Substanz. Wir brauchen eine Innovationsoffensive, die von einer breiten
898 Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik getragen wird, um technologisch Spitze
899 zu sein.

900

901 Das erreichen wir durch eine neue Innovationspolitik:

902

903 1. Wir geben einen jährlichen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-
904 Westfalens bei einer unabhängigen Einrichtung in Auftrag. Wir brauchen die Analyse
905 der Stärken und Schwächen unseres Bundeslandes als Steuerungsinstrument, um poli-
906 tisch handlungsfähig zu sein. Ebenso dringend brauchen wir Aussagen über die Wirk-
907 samkeit von Förderprogrammen. Beides fehlt bislang.

908

909 2. Wir setzen klare Schwerpunkte an die Stelle des bisherigen Gemischtwarenladens
910 kurzatmiger Förderprogramme. Die 55 unkoordinierten Initiativen der bisherigen Lan-
911 desregierung im Bereich Wissenschaft und Wirtschaft und mindestens ein Dutzend
912 Schwerpunkte in der Forschungsförderung geben keine nachhaltigen Impulse für For-
913 schung und technologische Entwicklung. Wir wollen nicht von jedem etwas. Wir wol-
914 len da, wo die großen Zukunfts- und Jobpotentiale des Landes liegen, richtig fördern:
915 In enger Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren, den Unternehmen, Hochschu-
916 len und Forschungseinrichtungen.

917

918 3. Wir werden Fördermittel grundsätzlich nach dem Leistungsprinzip und zeitlich limi-
919 tiert vergeben. Wir werden in NRW verstärkt die Ansiedlung von Instituten der Stein-
920 beis-Stiftung fördern, ebenso wie die Bildung von Forschungsverbänden. Die Cluster-
921 bildung war ein Erfolgsmodell für Biotechnologie und Medien. Sie sollte in anderen
922 Technologiefeldern durch Wettbewerbe analog zum BioRegio-Wettbewerb forciert
923 werden.

924

925 4. Wir konzentrieren unsere Innovationspolitik auf die folgenden Leitprojekte:

926

927 - Mobilität

928 Wir wollen den immer schärfer werdenden Konflikt zwischen dem Mobilitätsbe-
929 dürfnis der Menschen, den Erfordernissen des Umweltschutzes und den Grenzen
930 für einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur entschärfen. Nordrhein-Westfalen ist
931 Deutschlands Transitland Nummer 1, sowohl in Nord-Süd- wie in Ost-West-
932 Richtung. Der Güter- und Personenverkehr wird sich in den nächsten 20 Jahren in
933 etwa verdoppeln. Darauf sind wir nicht vorbereitet. Eine intelligente Lösung dieses
934 Problems kann nur in der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Verkehrs-
935 wachstum liegen. Wir werden ein umfassendes Forschungsprojekt "Entkoppelung
936 von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum" in Gang setzen und interdiszi-
937 plinär die Automobiltechnik und Logistik, den Städtebau, Betriebswirtschaft, Tou-
938 rismus etc. einbeziehen.

- 939 - Nachhaltige und klimaverträgliche Nutzung fossiler Brennstoffe
940 Unter dem Aspekt der Klimavorsorge soll ein neuer Grundlagenförderungsschwer-
941 punkt "CO₂-Abscheidung und Lagerung" etabliert werden. Die Vision langfristig
942 CO₂-freier Kohle- und Gaskraftwerke muss ideologiefrei umgesetzt werden. Wir
943 erforschen neue Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der rege-
944 nerativen Energien, um den weltweiten Ausschuss von Treibhausgasen zu reduzie-
945 ren. Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer 1. Wir brauchen ein ge-
946 schlossenes, widerspruchsfreies, energiepolitisches Gesamtkonzept als Bestandteil
947 einer wachstumsorientierten Standortpolitik. Die Energieforschung ist das strate-
948 gische Element einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Energieversorgung. Wir
949 haben einen Technologievorsprung bei Energieeffizienz, Sicherheit der Versorgung
950 sowie Umwelt- und Klimaschutz. Wir sind weltweit noch jahrzehntlang auf die
951 Nutzung fossiler Energieträger angewiesen.
952
- 953 - Zukunftstechnologie Wasserstoff
954 In der Wasserstofftechnologie müssen wir eine weltweite Technologieführerschaft
955 erreichen. Wasserstoff kann ein sauberer und flexibel einsetzbarer Energielieferant
956 sein. Wir wollen folgende Förderschwerpunkte ausbauen: Die Erforschung einer
957 umweltschonenden und effizienten Produktion von Wasserstoff, den weiteren
958 Ausbau von Forschung und Entwicklung von effizienten und sicheren Speiche-
959 rungs- und Transportmöglichkeiten für Wasserstoff, die Entwicklung der Brenn-
960 stoffzellen, insbesondere dauerhafter und preisgünstiger Katalysatorenoberflä-
961 chen für die Brennstoffzellen.
962
- 963 - Sicherheitsvorsprung in der Kerntechnologie
964 Deutschland ist weltweit führend in der Sicherheitstechnologie für Kernkraftwer-
965 ke. Die nukleare Sicherheitsforschung Deutschlands entspricht höchsten Ansprü-
966 chen. Der Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie ändert nichts an der welt-
967 weiten Zunahme der kerntechnischen Energieerzeugung. Mit der so genannten
968 "Transmutation" kann Menge und Giftigkeit des hochradioaktiven Abfalls ent-
969 scheidend reduziert werden. Die Endlagerzeiten können dadurch erheblich verklei-
970 nert werden. Durch ein Talentsicherungsprogramm muss das in Deutschland vor-
971 handene Know-how in der Sicherheitstechnik gerettet und ausgebaut werden. Wir
972 wollen keinen „Fadenriss“ im kerntechnischen Wissen und Können an unseren
973 Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
974
- 975 - Materialwissenschaft
976 Die Nanotechnologie spielt als Querschnittstechnologie in der absoluten Spitzen-
977 klasse in allen wichtigen technologischen Bereichen eine Schlüsselrolle. Weltweit
978 gibt es ein Marktpotential von rund 200 Milliarden Euro. In Wissenschaft und Wirt-
979 schaft muss zukünftig eine eigene Nanoförderstruktur aufgebaut werden, die sich
980 auf die drei Bereiche Informationstechnologie, Energie und Life-Science konzent-
981 rieren soll. Mittelständische Unternehmen und die Hochschulforschung müssen
982 massiv gestärkt werden.

- 983 - Medizintechnik
984 Wir brauchen ein Netzwerk der in der Medizintechnik beteiligten Forschungsber-
985 eiche Bildgebung, Materialforschung, Messtechnik und klinische Forschung. Von den
986 acht deutschen Kompetenzzentren Medizintechnik befinden sich drei in Nord-
987 rhein-Westfalen. Diese wollen wir unterstützen, um den internationalen Spitzen-
988 platz in der Medizintechnik auszubauen. Mit dem Ausbau der medizin-technischen
989 Voraussetzungen muss die klinische Forschung wieder eine deutliche Priorität er-
990 halten - für die Patienten. Der diagnostische Bereich in der Mediziner-
991 ausbildung bedarf ebenso einer Intensivierung.
992
- 993 - Nachrichtentechnik
994 Wir wollen das überdurchschnittliche Potential Nordrhein-Westfalens in diesem
995 Bereich ausbauen. Das dichte Netz von Hochschulen wie der RWTH Aachen, der
996 Uni und FH Köln, der Unis Wuppertal, Bonn und Köln, aber auch die Präsenz großer
997 Telekommunikationsdienstleister im Raum Düsseldorf/Essen/Köln-Bonn ist die
998 Basis eines Hochtechnologieclusters, das wir nutzen und ausbauen wollen.

999 X. Unsere Schritte zu mehr Sicherheit

1000

1001 Nordrhein-Westfalen muss sicherer werden. Die aktuelle Kriminalitätsstatistik 2003 für
1002 Nordrhein-Westfalen belegt: Mit knapp 1,5 Mio. Straftaten wurden noch nie so viele De-
1003 likte begangen wie im vorletzten Jahr. Mit 47,5 Prozent konnte nicht einmal die Hälfte der
1004 Straftaten aufgeklärt werden. Von rund 800.000 Diebstählen wurden sogar 75 Prozent
1005 nicht aufgeklärt. Die Gewaltkriminalität ist 2003 gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Prozent
1006 angestiegen. Jugendliche und Heranwachsende bilden mit 30 Prozent die größte Gruppe
1007 der Tatverdächtigen. Statt etwas gegen die zunehmende Kriminalität zu tun, hat die bis-
1008 herige Landesregierung seit 1998 rund 3.490 der Polizeistellen abgebaut, die Zahl der Po-
1009 lizeianwärter zurückgefahren und jede zehnte Polizeiwache geschlossen. Jetzt will sie
1010 auch noch die Einheitspolizei durch die Auflösung von bürgernahen Kreispolizeibehörden.
1011 Nordrhein-Westfalen muss wieder sicherer werden.

1012

1013 Das erreichen wir durch eine neue Sicherheitspolitik:

1014

1015 - Wir wollen, dass die Polizei künftig wieder für die öffentliche Ordnung zuständig
1016 ist. Graffiti-schmierereien, Laden- und Taschendiebstahl dürfen nicht länger gedul-
1017 det werden.

1018

1019 - Wir sorgen für mehr Polizeibeamte im Vollzugsdienst statt hinter dem Schreib-
1020 tisch. Alltagskriminalität muss endlich wieder bekämpft statt nur verwaltet wer-
1021 den.

1022

1023 - Wir wollen die Polizei von Verwaltungsaufgaben entlasten, damit sie mehr Zeit für
1024 den Vollzugsdienst hat. Bei polizeifremden Aufgaben wie Kurier- oder Botengän-
1025 gen, bei der Aufnahme und Bearbeitung von Anzeigen sowie beim Objektschutz
1026 sollen Polizeibeamte durch Angestellte im Polizeidienst zukünftig unterstützt wer-
1027 den.

1028

1029 - Wir wollen dauerhafte Sonderkommissionen, die Alltags- und Massenkriminalität
1030 entschlossen bekämpfen.

1031

1032 - Wir wollen mehr Spezialaufklärer statt Einheitspolizisten. Gerade die Bekämpfung
1033 von

1034 Rauschgiftkriminalität,

1035 von Straftaten, die von Ausländern begangen werden,

1036 organisierter Kriminalität,

1037 grenzüberschreitender Kriminalität,

1038 Extremismus und Terrorismus,

1039 Hochtechnologie-Kriminalität,

1040 Sexualstraftaten,

1041 Korruption

1042 gelingt nur mit gezielt ausgebildeten Spezialisten, die genügend Zeit bekommen,

1043 sich auch mit diesen Delikten zu beschäftigen.

- 1044 - Wir wollen mehr Profis durch bessere Aus- und Fortbildung. Der Polizeiberuf lebt
1045 von der Praxis. In der polizeilichen Ausbildung müssen Theorie und Praxis besser
1046 verbunden werden. Wir halten in diesem Zusammenhang auch die Prüfung der Ein-
1047 richtung einer Fachhochschule der Polizei für erforderlich.
- 1048
- 1049 - Mit uns bleiben die Landräte Chefs der Kreispolizeibehörde. Statt zu zentralisieren,
1050 garantieren wir eine orts- und bürgernahe Polizei.
- 1051
- 1052 - Wir wollen die Polizeibesoldung und die Arbeitszeiten neu regeln.
1053 Die heutigen Strukturen sind in erheblichem Maße ungerecht und intransparent
1054 und führen zu Demotivation. Eine Neuordnung kann weitgehend haushaltsneutral
1055 erfolgen. Ihre Eckpunkte sind:
- 1056 - Die Einführung einer Funktionsbesoldung statt der heutigen Laufbahnbesoldung.
1057 - Die Integration von Zulagen in die Funktionsbesoldung sowie
1058 - die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, verbunden mit einer Flexibilisierung
1059 der individuellen Lebensarbeitszeit. Dadurch wird eine aufgabengerechte Besol-
1060 dung und Lebensarbeitszeit gewährleistet und größere Transparenz hergestellt.
- 1061
- 1062 - Wir wollen die konsequente Nutzung der DNA-Analyse, die sich in den vergange-
1063 nen Jahren als „das“ Beweismittel des 21. Jahrhunderts bewährt hat und einen
1064 wichtigen Beitrag für den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern leis-
1065 tet.
- 1066
- 1067 - Wir wollen ein gezieltes und umfassendes Programm zur Bekämpfung der Kinder-
1068 und Jugendkriminalität einschließlich präventiver Netzwerkarbeit mit den Famili-
1069 en, den Kindergärten, den Schulen, der Jugendarbeit der Kirchen und Vereine.
- 1070
- 1071 - Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Politik bei Jugend- und Massenkriminalität.

1072 **XI. Unsere Schritte zu einer effizienten Justiz und einem sicheren** 1073 **Strafvollzug**

1074
1075 In Nordrhein-Westfalen wächst in fast jedem Bereich der Justiz der Berg unerledigter Fälle,
1076 weil seit dem Jahr 2000 die Erledigungszahlen deutlich hinter den Eingangszahlen zurück
1077 bleiben und sich die Verfahrensdauer kontinuierlich verlängert. Die enormen Fallzahlen
1078 bedrohen die Qualität der Justiz. Was das in der Praxis bedeutet, zeigt z.B. das Arbeits-
1079 recht. Es wird nur noch ein geringer Bruchteil der Kündigungsschutzverfahren durch Urteil
1080 entschieden. Kein Wunder, wenn es bis zu 18 Monaten dauern kann, bis ein rechtskräftiges
1081 Urteil vorliegt. Alarmierend ist, dass die Richter und Mitarbeiter in der Justiz bei den SPD-
1082 Ministern keine Unterstützung fanden und finden: Seit 1996 wurden im Bereich der Justiz
1083 mehr als 2.000 Stellen gestrichen. Betroffen hiervon ist besonders der Büro- und Kanzlei-
1084 dienst. Zusätzlich will der Justizminister bis 2008 weitere 1.340 Stellen wegfallen lassen,
1085 davon allein 540 Stellen im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst. An einen
1086 Abbau des Prozessstaus ist mit dieser Politik nicht zu denken. Durch den gleichzeitigen
1087 Abbau bei der Polizei kommen zudem immer mehr Straftäter ungeschoren davon.

- 1088
1089 Wir wollen eine neue, wirksame Justizpolitik:
- 1090
1091 - Wir wollen die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften wieder
1092 stärken. Dazu ist der Personalabbau in den richterlichen und staatsanwaltschaftli-
1093 chen Bereichen zu beenden.
 - 1094
1095 - Wir wollen die sachgerechte Ausstattung der Justiz sowohl mit moderner Technik
1096 als auch mit dem erforderlichen personellen Unterbau.
 - 1097
1098 - Wir beteiligen uns aktiv an der bundesweit begonnenen Diskussion um eine Justiz-
1099 reform. Wir sind für die Beschleunigung und Vereinfachung von Justizverfahren,
1100 soweit dies ohne Qualitätsverlust möglich ist.
 - 1101
1102 - Wir betonen die Bedeutung rechtsstaatlicher Verfahren. Eine generelle Verkürzung
1103 des Rechtsweges und die Abschaffung einer zweiten Tatsacheninstanz in der Zivil-
1104 gerichtbarkeit lehnen wir ab.
 - 1105
1106 - Wir wollen die gegliederten Gerichtsbarkeiten beibehalten. Sie entsprechen einer
1107 differenzierten Alltagswirklichkeit.
 - 1108
1109 - Wir wollen den Bestand von Gerichten weiterhin auch in der Fläche und den ländli-
1110 chen Regionen. Wo dies nicht in zumutbarer Entfernung durch den Sitz eines Ge-
1111 richtes möglich ist, sind Gerichtstage anzubieten und einzurichten.
 - 1112
1113 - Wir wollen, dass Kriminelle konsequent verfolgt, überführt, schnell und ihrer Tat
1114 angemessen verurteilt werden.
 - 1115
1116 - Mit uns wird es keine „Entkriminalisierung“ so genannter Bagatelldelikte wie La-
1117 dendiebstahl, Schwarzfahren oder dem Besitz kleiner Mengen an Rauschgift geben.

- 1118 - Wir wollen die Möglichkeiten für erzieherische Präventions- und Sanktionsmaß-
1119 nahmen gegenüber Intensivtätern im Kindes- oder Jugendalter ausweiten. Vorrang
1120 haben dabei die Vorbeugung und die Verhinderung von Rückfällen. In besonders
1121 schweren Fällen muss jedoch auch die Möglichkeit einer sicheren geschlossenen
1122 Unterbringung gewährleistet sein.
1123
- 1124 - Wir wollen den Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsoptionern verbessern und
1125 das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, reduzieren.
1126
- 1127 - Wir wollen einen sicheren Strafvollzug gewährleisten. Die Zunahme ausländischer
1128 Gefangener mit für deutsche Verhältnisse fremder Mentalität und geringen Kennt-
1129 nissen der deutschen Sprache, der dramatische Anstieg der Zahl von Gefangenen
1130 mit erheblicher Drogenabhängigkeit, die größer gewordene Zahl der aus dem Be-
1131 reich der Organisierten Kriminalität kommenden Berufsverbrecher und die deutlich
1132 gesunkene Hoffnung vieler Straftäter auf berufliche und/oder familiäre Integration
1133 nach der Haftentlassung haben die Probleme des Justizvollzugs spürbar gesteigert.
1134 Die Landesregierung reagiert auf diese Entwicklung geradezu hilflos. Personalab-
1135 bau bei den Vollzugsbeamten, Hoffnung auf private Wachdienste und der Weg-
1136 schluss an den Wochenenden sind kein Mittel, den freien Fall des Justizvollzugs in
1137 Nordrhein-Westfalen zu stoppen.
1138
- 1139 - Wir wollen, dass ausländische Straftäter verstärkt ihre Haftstrafen in ihren Heimat-
1140 ländern verbüßen – und werden im Bundesrat die dazu erforderlichen Initiativen
1141 ergreifen.
1142
- 1143 - Wir wollen die Rahmenbedingungen in den Justizvollzugsanstalten so verbessern,
1144 dass wieder von einem Behandlungsvollzug gesprochen werden kann, der die Rück-
1145 fallquoten senkt.
1146
- 1147 - Wir wollen die Situation der Bediensteten im allgemeinen Justizvollzugsdienst
1148 deutlich und einem Behandlungsvollzug entsprechend verbessern.
1149
- 1150 - Wir werden auf den landesweiten Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten in den
1151 Justizvollzugsanstalten verzichten. Die von der Landesregierung für den landeswei-
1152 ten Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten vorgesehenen Finanzmittel erhalten
1153 die Justizvollzugsanstalten zur Verwendung in eigener Verantwortung übertragen.
1154 Die Mittel können für alle Zwecke des Behandlungsvollzugs verwendet werden,
1155 insbesondere für
- 1156 a) zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse,
1157 b) diagnostische und therapeutische Maßnahmen,
1158 c) sonstige beratende Maßnahmen im Sinne des Strafvollzugsgesetzes,
1159 d) bauliche Sicherheitsmaßnahmen.
1160
- 1161 - Bei Hafterleichterungen wollen wir, dass berechnigte Sicherheitsbelange stärker
1162 geprüft werden. Gewalt- und Sexualstraftäter müssen dabei verpflichtend zusätz-
1163 lich von einem unabhängigen Sachverständigen begutachtet werden, bevor sie
1164 Freigang aus dem Haft- oder dem Maßregelvollzug erhalten.

1165 **XII. Unsere Schritte zum Abbau von Bürokratie**

1166

1167 Unser Land erstickt in Bürokratie. Sie lähmt die Freiheit, etwas zu unternehmen. Sie ver-
1168 hindert, dass neue Betriebe entstehen. Bürokratie verhindert Zukunft. Rot-Grün macht
1169 keine Politik, sondern Vorschriften, weil sie den Menschen misstrauen. Wer den Menschen
1170 misstraut, der verdient kein Vertrauen. Und damit neues Vertrauen wachsen kann, muss
1171 Rot-Grün weg.

1172

1173 Wir bauen Bürokratie ab und schaffen mehr Freiheit durch folgende konkrete Maßnahmen:

1174

1175 - Abschaffung der Regierungspräsidien und Übertragung ihrer Aufgaben auf drei
1176 Regionalverwaltungen und auf die Kommunen. An den bisherigen RP-Standorten
1177 wird es auch zukünftig Regierungshandeln geben.

1178

1179 - In der engeren Landesverwaltung (70.000 Stellen) wird in erheblichem Umfang Per-
1180 sonal abgebaut.

1181

1182 - Stellen, die als "kw-Stellen" geführt werden, können teilweise in Bereiche verlagert
1183 werden, die einen besonderen Personalbedarf haben. Das gilt insbesondere für
1184 Schulen, wo Lehrpersonal von Verwaltungsaufgaben entlastet werden muss, für
1185 Hochschulen, die von zunehmender Verwaltungsarbeit in Forschung und Lehre ent-
1186 lastet werden müssen, für die Polizei, die zuwenig Personal für den Vollzugsdienst
1187 hat und ebenfalls eine Entlastung von Verwaltungstätigkeiten braucht sowie für die
1188 Steuerverwaltung für die Erledigung von Verwaltungsarbeiten.

1189

1190 - Bei Landesbetrieben, -anstalten und -instituten wie z. B. dem "Landesbetrieb Mess-
1191 und Eichwesen NRW" oder dem "Landesinstitut für Qualifizierung" prüfen wir, ob
1192 das Land sie in Zukunft noch selbst betreiben muss. Das grundsätzliche Ziel der
1193 Prüfung ist, sofern es sich um weiterhin erforderliche Einrichtungen handelt, ihre
1194 Übertragung auf Private oder auf andere öffentliche Träger und die Reduktion der
1195 entsprechenden Personal- und Sachkosten im Landeshaushalt.

1196

1197 - Das Land finanziert zahlreiche selbständige wissenschaftliche Einrichtungen und
1198 Bildungseinrichtungen wie z. B. das "Wissenschaftszentrum NRW" oder das "Lan-
1199 desinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund". Wir prüfen, ob deren Aufgaben, so-
1200 lange und soweit erforderlich, zukünftig von den Hochschulen des Landes wahrge-
1201 nommen werden können.

1202

1203 - Das Land hält eine Vielzahl von Unternehmensbeteiligungen – zum Teil über die
1204 Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes (BVG). Wir prüfen, von welchen
1205 dieser Beteiligungen es sich so schnell wie möglich trennen soll. Die Prüfung er-
1206 streckt sich z. B. auf die Landesbeteiligungen an Infrastruktureinrichtungen (Flug-
1207 häfen, Häfen, Messen), die Beteiligung des Landes an Bildungseinrichtungen wie
1208 dem "Bildungszentrum für Entsorgung und Wasserwirtschaft GmbH" oder an Agen-
1209 turen und Zentren wie dem "Öko-Zentrum NRW" oder der "Effizienz Agentur
1210 NRW".

- 1211 - Landesbeteiligungen in den Bereichen Kunst und Kultur, Bildung, Arbeit, Wissen-
1212 schaft und Technologie-/Entwicklungsplanung wollen wir in neue Trägermodelle
1213 überführen. Die Erhaltung sinnvoller und notwendiger Einrichtungen werden wir
1214 gewährleisten.

1215 **XIII. Unsere Schritte zu moderner Mobilität**

1216

1217 Unser Land ist das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Land der Bundes-
1218 republik. Die Region Rhein/Ruhr ist eines der wichtigsten Ballungszentren Europas. Eine
1219 funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur ist für unser Land unerlässlich. Die Ver-
1220 kehrswege sind die Lebensadern einer modernen Gesellschaft – in Stadt und Land. Opti-
1221 male Verkehrsanbindungen gehören zu den wichtigsten Standortfaktoren für eine gute
1222 wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Sie muss
1223 die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur deutlich steigern. Möglichkeiten zur Ver-
1224 netzung von Verkehrsträgern müssen konsequent und effizient genutzt werden. Lücken
1225 im Verkehrsnetz müssen geschlossen werden. Nachhaltige und langfristige Lösungen für
1226 die Verknüpfung NRWs mit den anderen Zentren Nord-West-Europas müssen entwickelt
1227 werden.

1228

1229 Mit unserer Verkehrspolitik haben wir die Strategien für ein Land, das vorankommt:

1230

1231 - Landesstraßen

1232 Unsere Landesstraßen sind in einem schlechten Zustand. Über Jahre wurde ver-
1233 säumt, angemessene Erhaltungsinvestitionen in unsere Straßen zu stecken. Ein In-
1234 vestitionsstau von über einer Milliarde Euro hat sich angesammelt. Schon im Jahr
1235 2000 befanden sich mehr als die Hälfte der Landesstraßen in einem miserablen
1236 Zustand. Wir werden die Infrastruktur Schritt für Schritt wieder fit machen. Auch
1237 wenn es Zeit braucht, das Versäumte nachzuholen, werden wir mit einem Sonder-
1238 programm für die Infrastruktur dafür sorgen, dass unsere Straßen besser werden.
1239 Mit diesem Sonderprogramm „Verkehrsinfrastruktur 2010“ wollen wir längst über-
1240 fällige Netzschlüsse, Ortsumgehungen und auch Radwege realisieren. Wir wollen
1241 die Hälfte der Maßnahmen über PPP-Modelle mit Privatkapital vorfinanzieren. Der
1242 Zeitgewinn durch die Vorfinanzierung kommt vor allem der NRW-Wirtschaft zugute,
1243 weil Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen angestoßen werden.

1244

1245 - Bundesstraßen und Bundesautobahnen

1246 NRW wird beim Bau von Bundesfernstraßen nicht angemessen berücksichtigt. Ge-
1247 genüber dem letzten Bundesverkehrswegeplan ist der Anteil unseres Landes von
1248 20,6 Prozent um 1,6 Prozent auf 19 Prozent geschrumpft (ohne Verkehrsprojekte
1249 Deutsche Einheit). Als größtes und dicht besiedeltes Land haben wir auch einen
1250 entsprechenden Infrastrukturbedarf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der
1251 Bund mehr Mittel für den Aus- und Neubau der wichtigen Autobahnverbindungen
1252 und Bundesstraßen zur Verfügung stellt.

1253

1254 Straßenbau und Umweltschutz sind für uns kein Gegensatz. Wir sperren uns nicht
1255 aus ideologischen Gründen gegen wichtige Netzschlüsse und Ortsumgehungen.
1256 Mit uns werden daher sinnvolle Verkehrsprojekte nicht behindert und trotzdem
1257 werden Umweltbelange angemessen berücksichtigt.

1258 Wir setzen uns dafür ein, dass die Lückenschlüsse bei der A 1, der A 33 und der
1259 A 52 endlich verwirklicht werden. Es dürfen nicht ständig – wie bei der A 1 und der
1260 A 33 – neue ökologische Hürden aufgebaut werden.

1261
1262 Für uns hat der sechsstreifige Ausbau der wichtigen Autobahnen von West nach
1263 Ost Vorrang, weil mit der Osterweiterung der EU die Verkehrsbelastung in dieser
1264 Richtung stark zugenommen hat.

1265
1266 Wir wollen, dass wichtige Ortsumgehungen, die Rot-Grün dem Koalitionsfrieden
1267 geopfert hat, wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden (zum
1268 Beispiel B 64 OU Warendorf, OU Beelen, OU Herzebrock/Clarholz, B 70 OU Heek,
1269 B 229 OU Langenfeld, B 229 OU Balve, B 258n Aachen, B 258 OU Aachen/Brand,
1270 OU Roetgen, B 474 OU Olfen,

1271

1272 - ÖPNV und SPNV

1273 Nahverkehr ist Daseinsvorsorge. Die Menschen in unseren Ballungsgebieten und
1274 im ländlichen Raum brauchen eine ordentliche Versorgung mit Nahverkehrsange-
1275 boten. Weil die öffentlichen Mittel knapp sind, der Nahverkehr aber immer auf
1276 staatliche Finanzierungen angewiesen sein wird, werden wir für einen effizienten
1277 Nahverkehr sorgen. Der Nahverkehr muss für die Menschen da sein, die ihn brau-
1278 chen.

1279

1280 Mit Hochdruck muss endlich ein S-Bahn-Ring für den Rhein-Ruhr-Wupper-Raum
1281 vorangebracht werden. Wir werden mit dem Bund nach Möglichkeiten suchen, die-
1282 se Maßnahme Schritt für Schritt zu finanzieren.

1283

1284 Die Menschen müssen sich auf den Nahverkehr verlassen können. Busse und Bah-
1285 nen müssen pünktlich sein. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Menschen
1286 darauf einen Anspruch bekommen.

1287

1288 - Luftverkehr

1289 Nordrhein-Westfalen ist das industrielle Herz Deutschlands und Europas. Da
1290 kommt es auf die richtige Vernetzung mit der Welt an, um Standortattraktivität zu
1291 gewährleisten. Deshalb braucht NRW starke Luftverkehrsstandorte. Wir bekennen
1292 uns zu einer dezentralen Luftverkehrsstruktur in unserem Land, weil dadurch viele
1293 Landesteile an den Vorteilen des Luftverkehrsmarkts teilhaben. Wir brauchen aber
1294 auch starke Flughäfen mit europäischem und internationalem Rang.

1295

1296 Der Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
1297 Dafür müssen zügig die Voraussetzungen geschaffen werden. Die berechtigten
1298 Sorgen des Umlands müssen dabei berücksichtigt werden.

1299

1300 Der Flughafen Köln/Bonn ist vor allem für den Frachtverkehr ein wichtiger Luftver-
1301 kehrsstandort. Wir werden alles dafür tun, dass die Frachtunternehmen weiterhin
1302 großes Interesse an diesem Flughafen haben. Im Passagierverkehr hat sich
1303 Köln/Bonn mittlerweile ebenfalls etabliert und deckt insbesondere das Low-Cost-
1304 Segment ab. Auch hier sehen wir weitere Entwicklungsmöglichkeiten.

- 1305 Der Flughafen Münster/Osnabrück nimmt als dritter internationaler Flughafen in
1306 Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine wichtige strategische Rolle für den Luftver-
1307 kehr in unserem Land ein. Er bedient den gesamten nördlichen Landesteil. Durch
1308 die Umsetzung der jetzt genehmigten Start- und Landebahnverlängerung erhält
1309 NRW die Chance, auch im Norden des Landes einen wichtigen Luftverkehrsstand-
1310 ort weiterzuentwickeln.
- 1311
- 1312 Die Flughäfen in Paderborn/Lippstadt und Dortmund sind wesentlicher Teil der
1313 dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur und müssen bedarfsgerecht ausgebaut wer-
1314 den.
- 1315
- 1316 - Güterverkehr
- 1317 Der Transport von Gütern ist ein wesentlicher Bestandteil des florierenden Wirt-
1318 schaftslebens. Waren und Dienstleistungen müssen transportiert werden. Wir set-
1319 zen uns für starke Güterverkehrswege ein.
- 1320
- 1321 DB-Strecke Emmerich-Oberhausen
- 1322 Die niederländische Betuwe-Route wird bald fertig gestellt und reicht dann bis an
1323 die deutsche Grenze. Im Anschluss daran ist die Strecke Emmerich – Oberhausen
1324 nicht leistungsfähig. Diese Strecke muss zügig, wie bereits 1992 zwischen Bund,
1325 NRW und den Niederlanden vereinbart, ausgebaut werden. Hierbei legen wir größ-
1326 ten Wert auf die Realisierung vereinbarter Lärmschutzmaßnahmen.
- 1327
- 1328 - Binnenschifffahrt
- 1329 Die Binnenschifffahrt hat für NRW eine Zukunft. Die Wasserstraßen sind sichere
1330 Verkehrswege. Um die Binnenschifffahrt zu stärken, sprechen wir uns für eine
1331 Rheinvertiefung bis Duisburg aus, damit auch moderne Transportschiffe unsere
1332 Häfen erreichen können.
- 1333
- 1334 - Intelligenter Verkehr
- 1335 Unsere Ballungsgebiete können nicht unbegrenzt mehr Verkehr aufnehmen. Die
1336 räumlichen Möglichkeiten sind beschränkt. Deswegen brauchen wir intelligente
1337 Verkehrslösungen. Wir setzen deshalb auf Pilotprojekte, um die Vernetzung der
1338 Verkehrsträger und den Einsatz der Telematik voran zu bringen.
- 1339
- 1340 - Blick nach Westen
- 1341 Nordrhein-Westfalen hat viele Partner. Die Niederlande und Belgien als nächste
1342 Nachbarn sind besonders wichtige Partner. Doch die Verkehrsverbindungen sind
1343 noch nicht optimal. Weil wir mit unseren nächsten Nachbarn in Europa gemeinsam
1344 gute Chancen haben, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, setzen wir auf enge Ver-
1345 bindungen nach Westen.
- 1346
- 1347 Die Lücken im Autobahnnetz an der niederländischen Grenze und im Ruhrgebiet
1348 müssen zügig geschlossen werden. Dies betrifft die A 52 und die A 61. Gemeinsam
1349 mit dem Bund und den Niederlanden werden wir dafür sorgen.

1350 Ein langfristiges verkehrspolitisches Ziel ist eine schnelle Magnetschwebbahn-
1351 verbindung zwischen Randstad Holland und dem Rhein-Ruhr-Ballungsraum, die wir
1352 zusammen mit den niederländischen Partnern weiter voranbringen wollen. Dazu
1353 wollen wir möglichst schnell eine Machbarkeitsstudie anstoßen.

1354 **XIV. Unsere Schritte zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen** 1355 **Land- und Forstwirtschaft**

1356
1357 Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist mit über 500.000 Arbeitsplätzen eine der wich-
1358 tigsten Wirtschaftsbranchen in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen braucht eine
1359 wettbewerbsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft. Deshalb ist es wichtig, dass sich die
1360 Politik als fairer Partner der Land- und Forstwirtschaft erweist und faire Wettbewerbsbe-
1361 dingungen auf den europäischen Märkten unterstützt. Alle Fragen des Tier-, Natur-, Um-
1362 welt- und Verbraucherschutzes lassen sich nachhaltig nur lösen, wenn sie mit einer wett-
1363 bewerbsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft angegangen werden. Tierschutz ist uns
1364 wichtig. Aber er ist nur dann glaubwürdig umzusetzen, wenn er mit den Bauern im eige-
1365 nen Land machbar ist. Eine Produktion, die in Länder mit niedrigen Standards verdrängt
1366 wird, schützt weder die Tiere, noch hilft sie den Bauern und Verbrauchern in Nordrhein-
1367 Westfalen.

1368
1369 Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Lebensmittel, die sie kaufen,
1370 nach bestem Wissen und Gewissen erzeugt und vertrieben wurden. Sie müssen darauf
1371 vertrauen können, dass Tiere artgerecht gehalten und gefüttert werden und Pflanzen um-
1372 weltgerecht und unter dem Gesichtspunkt der Lebensmittelqualität angebaut werden. Sie
1373 müssen darauf vertrauen können, dass die Lebensmittelerzeugung, Verarbeitung und Ver-
1374 marktung unter dem Gesichtspunkt der Qualität ständig kontrolliert wird.

1375
1376 Das erreichen wir durch eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik:

1377
1378 - Wir entwickeln eine langfristig tragfähige Strategie für eine nachhaltige, flächen-
1379 deckende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Dazu gehört die 1:1-Umsetzung
1380 von EU-Recht. Wir diskriminieren nicht den konventionellen Landbau und behan-
1381 deln den ökologischen Landbau gleichrangig.

1382
1383 - Es darf nicht sein, dass die Landwirte zu billiger Massenproduktion gezwungen
1384 werden und gleichzeitig verantwortlich gemacht werden für mangelnde Lebens-
1385 mittelqualitäten. Lebensmittel werden teilweise unter Einkaufspreisen verkauft.
1386 Deshalb muss das Kartellrecht und die Praxis des Kartellamtes überprüft werden,
1387 um eine größere Wertigkeit von Nahrungsmitteln auf den Märkten durchzusetzen.

1388
1389 - Der vorbeugende Einsatz von Medikamenten im Tierfutter wird generell verboten.
1390 Arzneimittel dürfen nur unter tierärztlicher Kontrolle und unter tierärztlicher Ver-
1391 antwortung eingesetzt werden. Wir brauchen eine entsprechende europäische
1392 Verschärfung des Tierarzneimittelrechtes. Antibiotische und hormonelle Wach-
1393 tums- und Leistungsförderer dürfen nicht in den Futtermittelkreislauf gelangen
1394 und müssen verboten werden. Tiermehl, Fischmehl und Tierfette müssen dauerhaft
1395 aus der Futtermittelproduktion entfernt werden. Der Import von Fleisch- und
1396 Fischprodukten aus Ländern, in denen Tiermehl, Fischmehl oder Tierfett sowie wei-
1397 tere Risikomaterialien in die Nahrungskette gelangen, muss verboten werden.

- 1398 - Lebensmittel müssen nach Herkunft und Inhaltsstoffen vollständig und verständlich
1399 deklariert werden.
1400
- 1401 - Zur Bündelung der Kompetenzen des Verbraucherschutzes im Lebensmittelbereich
1402 muss das Landesamt für Ernährungswissenschaften und Jagd (LEJ) umstrukturiert
1403 und in ein neues unabhängiges Zentrum für Verbraucherschutz umgewandelt wer-
1404 den.
1405
- 1406 - Wir wollen eine neue Forstpolitik, die sich an den Interessen der Waldbesitzer un-
1407 ter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten ausrichtet. Holz ist der
1408 nachhaltigste Rohstoff, über den wir in unserem Land in großen Mengen verfügen.
1409 Durch die Bündelung der Prozesse zwischen Holzerzeugung, -verarbeitung und -
1410 veredelung sind vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen, Produktionsprozesse zu
1411 optimieren, größere und neue Märkte zu erschließen und damit Arbeitsplätze zu
1412 sichern und neue zu schaffen.
1413
- 1414 - Neben der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unserer Landschaft steht auch
1415 die jagdliche Nutzung. Die Bindung des Jagdrechts an das Eigentum und die be-
1416 währten jagdgesetzlichen Regelungen in unserem Land bedürfen aktuell keinerlei
1417 Veränderungen. Wir wollen ein ideologiefreies, von Bürokratismus entfrachtetes
1418 Jagdrecht, dessen Vollzug in Abstimmung mit der Land- und Forstwirtschaft zu or-
1419 ganisieren ist. Die Jagdsteuer als Aufwandssteuer ist nicht mehr zeitgemäß und ist,
1420 falls erforderlich, durch eine zweckgebundene Abgaberegulung zu ersetzen.
1421
- 1422 - Wir werden den Umwelt- und Naturschutz verbessern, indem wir mit den Landwir-
1423 ten, den Waldbauern und Forstleuten, den Gartenbauern und Kleingärtnern, Jägern
1424 und Fischern und mit den Naturschützern, die den Weg der Kooperation gehen,
1425 zusammen arbeiten. Sie sind unsere wichtigsten Helfer.

1426 **XV. Unsere Schritte zu einem modernen Gesundheitssystem**

1427

1428 Für uns steht bei der Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen der Mensch im Mittel-
1429 punkt. Wir lassen nicht weiter zu, dass die Gesundheitspolitik von rein wirtschaftlichen
1430 Betrachtungen bestimmt wird. Gesundheitspolitik muss sich – wie die medizinische Ver-
1431 sorgung eines Kranken – an den Erfordernissen der Menschen ausrichten. Wir wollen eine
1432 aktive Politik der Prävention und wir wollen, dass sich jeder, der krank wird, ohne Unter-
1433 schied auf die bestmögliche medizinische Hilfe verlassen kann.

1434

1435 Das erreichen wir durch eine neue Gesundheitspolitik:

1436

- Prävention und Gesundheitsförderung

1437

1438 Prävention und Gesundheitsförderung sind die besten Mittel, um die Gesundheit
1439 eines jeden Menschen zu erhalten und eine hohe Lebensqualität zu sichern. Sie sind
1440 auch der einzige Weg, mit dem sich sonst unausweichlich werdende Versorgung-
1441 kosten vermindern lassen. Eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik des Landes
1442 muss früh genug die Vermeidung von Krankheiten zum Ziel haben. Die bisherige
1443 Landesregierung hat auf kaum einem Feld so wenig geleistet wie auf dem Feld der
1444 Prävention und Gesundheitsförderung.

1444

1445 Wir wollen schon Kindern und Jugendlichen frühzeitig ein gesundheitsbewusstes
1446 Verhalten nahe bringen. Wir setzen uns ein für die Verringerung und möglichst
1447 Verhinderung von Übergewicht und Bewegungsmangel durch das Angebot gesun-
1448 der Nahrungsmittel an den Schulkiosken, die aktive Durchführung des Schulsports
1449 sowie ein ausnahmsloses Rauchverbot an den Schulen.

1450

1451 Wir wollen die Praxisnähe und Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung von Präventi-
1452 onsangeboten verbessern. Zur breitenwirksamen Umsetzung fehlen an vielen Stel-
1453 len die Strukturen, mit deren Hilfe dauerhaft Präventionsprojekte und –
1454 maßnahmen auf den Weg gebracht werden können, besonders auf der kommunalen
1455 Ebene. Wir werden das ändern.

1456

1457 In Deutschland fehlt fast jede eigenständige Präventionsforschung. Konzepte und
1458 Projekte entstehen eher sporadisch als institutionell abgesichert. Nach langjähri-
1459 gem Drängen hat die CDU die Schaffung eines flächendeckenden bevölkerungsbe-
1460 zogenen Krebsregisters in NRW durchgesetzt. Damit wollen wir dazu beitragen, die
1461 Ursachenforschung von Krebs zu intensivieren und die Grundlagen für die Vermei-
1462 dung von Krebs zu verbessern. Auch für andere Krankheiten gilt: Wir wollen Nord-
1463 rhein-Westfalen zu einem Vorreiter in der Präventionsforschung machen.

1464

- Leistungsfähige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle

1466

1467 Wo sich Krankheiten nicht vermeiden lassen, brauchen wir eine leistungsfähige und
1468 wohnortnahe medizinische Versorgung. Das gilt für den ambulanten wie für den
1469 stationären Bereich. Ein Mangel an Ärzten und Pflegekräften muss verhindert wer-
1470 den, auch im ländlichen Bereich. Unser Ziel für die stationäre Versorgung: Jede
1471 Bürgerin und jeder Bürger in Nordrhein-Westfalen findet ein Krankenhaus der
1472 Grundversorgung in ihrer bzw. seiner Nähe und ein Krankenhaus der Schwerpunkt-
1473 bzw. Maximalversorgung in möglichst geringer Entfernung. Außerdem muss si-
1474 chergestellt werden, dass im Notfall auch auf dem Land jederzeit die notwendige
1475 ärztliche Hilfe und technische Ausstattung der Rettungsmedizin zur Verfügung
steht.

1476 Die Krankenhausplanung in unserem Land ist viel zu kompliziert. Wir werden sie radi-
1477 kal vereinfachen. Im Zusammenwirken von Krankenhäusern, Krankenkassen und Ärz-
1478 tekammern muss die staatliche Krankenhausplanung auf ein unerlässliches Minimum
1479 reduziert werden. Alles, was zwischen diesen Partnern direkt geregelt werden kann,
1480 soll ohne staatliche Intervention abschließend geregelt werden. Es reicht aus, wenn der
1481 Staat folgende Regeln durchsetzt:

- 1482
- 1483 1. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf eine wohnortnahe stationäre Ver-
1484 sorgung.
- 1485 2. Die Kapazität der Krankenhäuser muss ausreichen, um Wartelisten zu verhindern
1486 und die Notfallversorgung zu gewährleisten.
- 1487 3. Soweit Krankenhäuser nach einem Preissystem vergütet werden (Fallpauschalen),
1488 wird auf eine umfassende parallele Kapazitätsplanung durch den Staat verzichtet.
- 1489 4. Für den Fall von Versorgungslücken führt das Land eine Ausschreibung des Versor-
1490 gungsauftrags durch.

1491

1492 - Investitionsförderung für Krankenhäuser
1493 Durch ihre jahrzehntelange Misswirtschaft und übermäßigen Bürokratismus hat die
1494 rot/grüne Landesregierung bis heute bei den Krankenhäusern einen Investitions-
1495 stau in Höhe von mehr als 11 Mrd. Euro zu verantworten.

1496

1497 Das können wir nicht sofort ändern. Aber wir werden das Verfahren für die Landes-
1498 förderung von Investitionen grundlegend überarbeiten und straffen. Das Ziel ist ein
1499 deutlicher Bürokratieabbau für eine bessere Planungssicherheit der Krankenhäuser.
1500 Die Krankenhäuser müssen in Zukunft einfacher als bisher eine Förderung beantra-
1501 gen können und schnell – nicht erst nach Jahren wie heute – erfahren, ob und wel-
1502 che Förderung sie erhalten.

1503

1504 - Weiterentwicklung der Rehabilitation
1505 Wir setzen uns dafür ein, die in unserem Land vorhandene qualifizierte Struktur von
1506 ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen, wie z. B. Heilbäder, den
1507 Herausforderungen des demographischen und sozialen Wandels entsprechend
1508 weiterzuentwickeln.

1509

1510 - Stärkung der Hochschulmedizin
1511 Wir brauchen hervorragend und umfassend ausgebildete Ärzte. Sie müssen mit den
1512 modernen und komplexen Diagnoseverfahren und Behandlungsmethoden umge-
1513 hen können. Dafür benötigen wir einen systematischen Ausbau und eine gezielte
1514 Förderung der klinischen Forschung. Es geht dabei um Forschung, die den Patien-
1515 ten unmittelbar betrifft. Die Hochschulmedizin darf nicht unter dem Diktat ökonomischer
1516 Zielsetzungen stehen. Angesichts des riesigen Investitionsstaus in Nord-
1517 rhein-Westfalen muss geprüft werden, ob der Betrieb der Uni-Klinika dadurch op-
1518 timiert werden kann, dass man mit privaten Investoren kooperiert.

1519

1520 - Sicherheit für Patienten in Krankenhaus und Praxis
1521 Wir machen die Sicherheit der Patienten im Krankenhaus zu einem Schwerpunkt
1522 unserer gesundheitspolitischen Arbeit. Trotz bester Absichten kann es zur unbeab-
1523 sichtigten Schädigung von Patienten kommen. Beinahe die Hälfte solcher Schäden
1524 ist grundsätzlich vermeidbar. Wir machen die Sicherheit der Patienten in Kranken-
1525 haus und Praxis zu einem Mittelpunkt unserer gesundheitspolitischen Arbeit. Wir

1526 werden deshalb die Errichtung von Fehler- und Beinahe-Fehler-Berichtssystemen
1527 unterstützen. Dazu soll gemeinsam mit den Akteuren im Gesundheitswesen ein
1528 möglichst flächendeckendes freiwilliges anonymes Fehlermeldesystem ohne Straf-
1529 androhung geschaffen werden. So können durch Informationen über kritische Zwi-
1530 schenfälle Erkenntnisse für Korrekturen gewonnen und viele unbeabsichtigte Feh-
1531 ler vermieden werden.

1532
1533 - Integrierte Versorgung
1534 Bei dem zunehmenden Anteil chronisch Kranker und vielfach Erkrankter ist es be-
1535 besonders bedeutsam, für ein schlüssiges Ineinandergreifen der individuellen Behand-
1536 lungsprozesse zu sorgen. Der Patient soll eine Behandlung aus einem Guss erhal-
1537 ten, auch wenn viele daran beteiligt sind. Wer Integration im Behandlungsgesche-
1538 hen will, der muss die Rahmenbedingungen dazu weiter verbessern. Besonders be-
1539 bedeutsam wären eine integrierte und in sich konsistente Vergütung ärztlicher und
1540 anderer gesundheitlicher Leistungen, eine integrierte Nutzung der Informations-
1541 und Kommunikationstechnologie statt der überall verbreiteten elektronischen
1542 Kleinststaataerei, ein integriertes Handeln der beteiligten Organisationen mit dem
1543 Ziel, kooperatives Handeln zu erleichtern und die Integration der ärztlichen Be-
1544 handlung durch jeweils konkrete Verantwortlichkeit und Vergütung eines Arztes
1545 für die Erbringung der Koordinationsleistung. Wir setzen uns für eine engere Zu-
1546 sammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Medizin, Rehabilitation und
1547 Pflege ein, um Störungen an den Schnittstellen zu verringern. Erfolgversprechende
1548 Ansätze dazu wollen wir regional erproben.

1549
1550 Das gilt besonders für Schmerzpatienten. Jeder dritte Erwachsene in unserem Land
1551 leidet ständig unter starken oder stärksten Schmerzen, überwiegend Frauen. Die
1552 Ursachen sind vielfältig, die Behandlung und Linderung erweist sich oft als sehr
1553 schwierig. Viele Patienten suchen über Jahre, bis sie die richtige Hilfe finden. Diese
1554 Situation lässt sich mit mehr Forschung, entsprechender Ausbildung von Ärzten,
1555 Pflegekräften und Therapeuten und vor allem einer verstärkten interdisziplinären
1556 Zusammenarbeit der beteiligten Heil- und Pflegeberufe erheblich verbessern.

1557
1558 - Leben retten durch Ersthelfer-Ausbildung
1559 Außerhalb von Kliniken ist der plötzliche Herztod die häufigste Todesursache in
1560 Deutschland. Eine sehr große Zahl von Patienten kann durch eine rechtzeitige Re-
1561 animation gerettet werden. Erfahrungsberichte aus aller Welt haben gezeigt, dass
1562 auch medizinische Laien eine Reanimation mit sog. automatisierten externen De-
1563 fibrillatoren erfolgreich durchführen können. Das setzt aber eine entsprechende
1564 Unterweisung voraus. Damit in möglichst vielen öffentlichen Einrichtungen die
1565 kleinen Geräte angeschafft werden können, werden wir alle interessierten Einrich-
1566 tungen dabei unterstützen, die Ersthelfer auszubilden.

1567
1568 - Hospize
1569 Für die CDU ist auch das Sterben ein Teil des Lebens. Es darf kein Tabuthema blei-
1570 ben. Die demographische und soziale Entwicklung der Gesellschaft stellt auch be-
1571 züglich der Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen neue Herausfor-
1572 derungen an die Gesundheits- und Sozialpolitik. Auf Initiative der CDU hat der
1573 Landtag von Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr einen Antrag aller Fraktionen
1574 zum Ausbau und der Förderung der Hospizarbeit in Nordrhein-Westfalen verab-
1575 schiedet. Wir halten Wort. Die Menschenwürde und der Schutz des Lebens werden

1576 für uns die Grundlage allen gesetzgeberischen Handelns sein. Eine Legalisierung
1577 der aktiven Sterbehilfe oder der Tötung auf Verlangen wird es mit der CDU nicht
1578 geben. Wir wollen ermöglichen, dass jedem Menschen Anteilnahme und Gebor-
1579 genheit bis zum Tod entgegengebracht und jeder Mensch bis zuletzt als wertvolles
1580 Mitglied der Gemeinschaft anerkannt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rah-
1581 menbedingungen für ein menschenwürdiges Sterben durch die Stärkung von Pallia-
1582 tivmedizin und Sterbebegleitung verbessert werden. Wir wollen uns insbesondere
1583 auch einsetzen für die Verbesserung der Situation der Kinderhospize, die nicht nur
1584 Patienten in der letzten Lebensphase aufnehmen, sondern eine Begleitung und Un-
1585 terstützung schon ab dem Zeitpunkt der Diagnose für Kinder und ihre Angehörigen
1586 anbieten.

1587 **XVI. Unsere Schritte zur Gewährleistung einer menschenwürdigen Pflege**

1588

1589 Alter ist nicht zwangsläufig mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit verbunden. Aber ein
1590 wachsender Teil der Bevölkerung ist auf Hilfe, Unterstützung und Pflege angewiesen. Die
1591 Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land wird von heute 460.000 auf 699.000 Men-
1592 schen im Jahre 2040 steigen. Für diese große Zahl von Pflegebedürftigen wird eine be-
1593 darfungsgerechte Pflege-Infrastruktur sowie ausreichend und gut qualifiziertes Personal im
1594 ambulanten und stationären Bereich zur Verfügung stehen müssen. Wir wollen, dass alle
1595 Menschen in unserem Land auch im Alter in Würde leben. Mit der Bewältigung dieser
1596 großen Aufgabe müssen wir heute anfangen. Wir wollen keine technokratischen Lösun-
1597 gen. Wir wollen keine Pflege-Bürokratie. Wir wollen eine Pflege „von Mensch zu Mensch“.
1598 Sie soll den Pflegebedürftigen ein weitestgehend selbständiges und selbstbestimmtes
1599 Leben ermöglichen. Wir werden verhindern, dass die Pflege selbst zum Pflegefall wird.

1600

1601 Das erreichen wir durch:

1602

- 1603 - die Stärkung von Rehabilitation und Prävention
- 1604 - die Weiterentwicklung des Grundsatzes "ambulant vor stationär"
- 1605 - die Stärkung der häuslichen Pflege durch die Förderung der Vereinbarkeit von
1606 Pflege und Beruf
- 1607 - die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und damit die Entwicklung
1608 eines neuen „Hilfe- und Sorgemixes“ zwischen Angehörigen, Ehrenamtlichen und
1609 Profis
- 1610 - die Weiterentwicklung neuer alters- und pflegegerechter Versorgungs- und Wohn-
1611 formen
- 1612 - bessere Hilfen für Menschen mit Demenzerkrankungen
- 1613 - Bürokratieabbau

1614

1615 Konkret wollen wir:

1616

- 1617 - Eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Das ist eine
1618 zwingende Voraussetzung für eine menschenwürdige Pflege. Das Land steht in der
1619 Pflicht, für genügend Ausbildungsplätze zu sorgen. Das bisherige Förderverfahren
1620 der Landesregierung hat sich nicht bewährt. In Zukunft muss jeder Auszubildende,
1621 der einen Ausbildungsplatz in einer Pflegeeinrichtung hat, auch einen Platz in einer
1622 Altenpflegeschule bekommen.
- 1623
- 1624 - Den Abbau von Bürokratie. In der Pflege gibt es derzeit zu viel Bürokratie. Viele
1625 Rechtsvorschriften, unklare Kompetenzen von Behörden und ein damit verbundener
1626 „Prüftourismus“ sowie eine zu bürokratische Pflegedokumentation sind nicht im In-
1627 teresse der pflegebedürftigen Menschen. Wir lassen nicht weiter zu, dass Pflegekräf-
1628 te bis zu 40 Prozent ihrer Arbeit in die Bürokratie stecken müssen. Deshalb wollen
1629 wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege von überflüssiger Bürokratie
1630 wirksam entlasten. Wo Selbstorganisation gelingt, sind staatliche Vorschriften ent-
1631 behrlich.

1632 **XVII. Unsere Schritte zur Stärkung der Kommunen**

1633

1634 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen eine nachhaltige quantitative und quali-
1635 tative Verbesserung und Stärkung ihrer Einnahmen. Die CDU Nordrhein-Westfalen for-
1636 dert eine Gemeindefinanzreform, die ihren Namen verdient. Ohne eine grundlegende
1637 Gemeindefinanzreform im Rahmen einer umfassenden Steuerreform werden die Bürger
1638 und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen in ihren Kommunen weiterhin dem Verfall
1639 kommunaler Infrastruktur und den negativen Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt
1640 ohnmächtig zuschauen müssen.

1641

1642 - Die Kommunen werden durch Rot-Grün in NRW seit Jahren mit Befrachtungen ih-
1643 rer kommunalen Finanzmittel belastet. Die CDU setzt sich für eine transparente
1644 Kommunalfinanzierung in NRW ein.

1645

1646 - Den Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden trotz des auf unsere Initiative hin
1647 in der Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips (Wer bestellt, bezahlt) immer
1648 mehr Aufgaben und weitere finanzielle Zusatzbelastungen übertragen. Diese von
1649 der rot-grünen Regierungskoalition kontinuierlich geübte Praxis wollen wir been-
1650 den.

1651

1652 - Wir wollen, dass die Kommunen über die Verwendung der ihnen zukommenden
1653 Gelder selbst entscheiden. Wir setzen uns für die Stärkung der kommunalen Eigen-
1654 verantwortung bei der Verwendung der Finanzmittel ein. Durch die teilweise Bin-
1655 dung der zugewiesenen Mittel im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes als
1656 Zweckzuweisungen wird die kommunale Gestaltungsfreiheit zusätzlich einge-
1657 schränkt. Durch eine eigenverantwortliche Entscheidung über die Verwendung der
1658 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel vor Ort wird der Nutzen, den jeder
1659 einzelne vom Land überwiesene Euro bringt, erhöht. Das bedeutet: Schlüssel- statt
1660 Zweckzuweisungen.

1661 Auch den Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, werden wir
1662 weitere Handlungsspielräume eröffnen.

1663

1664 - Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort werden nicht nur durch die
1665 mangelnde Finanzausstattung der Kommunen eingeschränkt. Wir setzen uns für
1666 eine Erneuerung der kommunalen Selbstverantwortung ein. Die Regelungsflut
1667 durch EU, Bund und Land schränkt die kommunale Selbstverwaltung immer weiter
1668 ein. Sie muss im Interesse der Bürger und Bürgerinnen vor Ort wiederhergestellt
1669 werden. Wir wollen den kommunalen Handlungsspielraum durch den Abbau staat-
1670 licher Aufgaben, Verpflichtungen und Standards erweitern, damit die Kommunen
1671 bei der Bereitstellung ihrer Leistungen für die Bürger und Bürgerinnen die örtli-
1672 chen Bedingungen und die Bedürfnisse der Menschen vor Ort wieder berücksichti-
1673 gen können.

1674

1675 - Wir werden den Kommunen bei der Bereitstellung ihrer Leistungen für die Bürge-
1676 rinnen und Bürger weitergehende Möglichkeiten einer interkommunalen Koopera-
1677 tion einräumen.

- 1678 - Demokratie beginnt in der Kommune. Wir setzen uns für eine bürgernahe Ausgestaltung des kommunalen Wahlrechts ein. Durch die Einführung des Kumulierens und Panaschierens erhalten die Bürger und Bürgerinnen mehr Einflussmöglichkeiten. Eine stärkere eigenständige demokratische Legitimierung werden ebenfalls der Rat und das Bürgermeisteramt erhalten. Wir wollen in Fortführung des 1994 begonnenen Reformprozesses der Gemeindeordnung, die Wahl des Bürgermeisters von der Wahl des Rates abkoppeln und hierbei die Wahlzeit des Bürgermeisters auf 8 Jahre verlängern.
- 1679
- 1680
- 1681
- 1682
- 1683
- 1684
- 1685
- 1686
- 1687 - Im Rahmen der anstehenden Verwaltungsstrukturreform wollen wir die kommunale Ebene stärken. Bisher als staatliche Aufgaben wahrgenommene Aufgaben werden - soweit möglich und soweit sie nicht privatisiert werden können - auf die kommunale Ebene übertragen (mit entsprechender Mittelübertragung).
- 1688
- 1689
- 1690

1691 **XVIII. Unsere Schritte zu einer neuen Wohnungs- und Städtebaupolitik**

1692

1693 Die Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen hat sich in den vergangenen Jahr-
1694 zehnten höchst unterschiedlich vollzogen. Den Kommunen mit zurückgehenden Bevölke-
1695 rungszahlen stehen Wachstumsräume gegenüber, die einen erheblichen Zuwachs der Be-
1696 völkerung erfahren haben. Das wird auch für die Zukunft erwartet. Es findet eine räumli-
1697 che Umschichtung der Bevölkerung statt. Die städtischen Verdichtungsräume werden in
1698 der Regel nach amtlichen Prognosen weiter Bevölkerung verlieren. Das Umland und der
1699 ländliche Raum werden Bevölkerung hinzu gewinnen. Die Bevölkerungsumschichtung
1700 wird begleitet von einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung. Im Jahr 2040 wird rund
1701 ein Drittel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen älter als sechzig Jahre sein.

1702

1703 Die Wohnungs- und Städtebaupolitik muss deshalb neu aufgestellt werden:

1704

1705 Die CDU Nordrhein-Westfalen will die überholte Töpfchenwirtschaft in der Wohnungs-
1706 bauförderung und in der Stadterneuerungsförderung beseitigen. Wir wollen Förderungen
1707 aus einem Guss, die nicht durch verschiedene Förderrichtlinien behindert werden. Ganz-
1708 heitliche Problemlagen erfordern ganzheitliche Antworten in Form von integrierten Lö-
1709 sungsansätzen. Wir werden die Verantwortung über den Einsatz von Fördermitteln auf
1710 die Regionen und Kommunen übertragen. Unser Leitbild ist: Vor Ort kann eher über eine
1711 sinnvolle und nachhaltige Verwendung der Mittel entschieden werden als in der Ministe-
1712 rialbürokratie in Düsseldorf.

1713

1714 Für die CDU Nordrhein-Westfalen wird der Stadtumbau die zentrale Herausforderung der
1715 zukünftigen Stadtentwicklungspolitik sein. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner ho-
1716 hen Siedlungsdichte besonders vom Stadtumbau betroffen. Das gilt vor allem für Groß-
1717 wohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre. Stadtumbau ist der Umbau, die Aufwertung
1718 und schließlich der Rückbau von Wohnungsbeständen, die dauerhaft hohe Leerstände
1719 aufweisen. Wichtige Ziele des Stadtumbaus sind die Aufwertung des Wohnumfeldes und
1720 die Schaffung von Wohneigentum für Familien mit Kindern. Das ist in Nordrhein-
1721 Westfalen besonders nötig, die Wohneigentumsquote ist zu niedrig.

1722

1723 Beim Stadtumbau wird bisher die Rolle der Infrastruktur vernachlässigt. Stark rückläufige
1724 Bevölkerungszahlen erfordern zwangsläufig einen Rückbau der Infrastruktur, dies gilt vor
1725 allem für Wasserversorgung sowie für die Abwasserentsorgung. Auch hier ist die Anpas-
1726 sung bzw. der Rückbau erforderlich, weil sonst immer weniger Menschen über Gebühren
1727 die Kosten für eine unterausgelastete Infrastruktur tragen müssen.

1728

1729 Das mit Mitteln des Bundes und des Landes im vergangenen Jahr erstmals aufgelegte Mo-
1730 dellprogramm „Stadtumbau West“ muss kommunalverträglicher organisiert werden. Die-
1731 jenigen Kommunen, die den Stadtumbau brauchen, befinden sich vielfach in einer anhal-
1732 tend schwierigen Haushaltsslage. Sie sind nicht in der Lage, die kommunalen Eigenmittel –
1733 in der Regel bis zu 20 Prozent der Gesamtkosten – aufzubringen. Deshalb setzen wir uns
1734 dafür ein, zumindest die wohnungspolitischen Maßnahmen des Stadtumbaus nicht über
1735 die Stadterneuerungsförderung (Zuschüsse), sondern über die Wohnungsbauförderung
1736 (zinsverbilligte Darlehen) zu finanzieren.

1737 Eine weitere Herausforderung stellt die Alterung der Gesellschaft dar. Die CDU Nord-
1738 rhein-Westfalen will den Wohnungsbestand besser auf die Anforderungen einer älter wer-
1739 denden Bevölkerung ausrichten. Unser Ziel ist es, ältere Menschen so lange wie möglich
1740 selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden wohnen zu lassen. Die Landesregierung tut zu
1741 wenig, sie beschränkt sich auf Modellprojekte wie die Modernisierung von Wohnheim-
1742 plätzen. Modellprojekte reichen jedoch nicht aus. Wir wollen deshalb in der Wohnungs-
1743 bauförderung die Modernisierung von Alten- und Pflegeheimen zur Regelförderung zügig
1744 ausbauen.

1745

1746 Ein wichtiges Anliegen ist für uns der Bürokratieabbau. Tatsache ist, dass baurechtliche
1747 Genehmigungsverfahren zu lange dauern. Wir wollen die Landesbauordnung weiter von
1748 politischen Vorgaben befreien. NRW darf nicht länger durch politische Vorgaben im
1749 Wettbewerb mit anderen Bundesländern benachteiligt werden.

1750

1751 Konkret wollen wir in der Wohnungs- und Städtebaupolitik folgendes ändern:

1752

1753 - Förderrichtlinien in der Wohnungsbau- und Stadterneuerungsförderung von büro-
1754 kratischem Ballast befreien

1755

1756 - Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau mit Ziel der Erhaltung bzw.
1757 Schaffung stabiler Sozialstrukturen ausweiten

1758

1759 - Fehlbelegungsabgabe im sozialen Mietwohnungsbau schrittweise abschaffen

1760

1761 - Abschaffung bzw. Kommunalisierung des Zweckentfremdungsverbots für Wohn-
1762 raum

1763

1764 - Entschärfung der Kündigungssperrfristverordnung für Mietwohnungen

1765

1766 - Beim sozialen Wohnungsbau Umstellung von der Objekt- auf eine einkommensab-
1767 hängige Subjektförderung (Einstieg zunächst über Modellprojekte)

1768

1769 - Besondere Förderschwerpunkte für das Wohnen im Alter

1770

1771 - Umstellung der projektgebundenen Stadterneuerungsförderung auf eine kommu-
1772 nale Budgetierung in den Regionen und Kommunen, zunächst über Modellprojekte

1773

1774 - Integrierte Förderungen für Problem-Stadtteile zur Vermeidung von Ghettobil-
1775 dungen

1776

1777 - Landesmittel für den Grundstückfonds NRW zur Aufstockung der Stadterneue-
1778 rungsförderung nutzen

1779

1780 - Landesbauordnung reformieren und entbürokratisieren

1781

1782 - Baugenehmigungsverfahren weiter vereinfachen wie z.B. Genehmigungspflicht bei
1783 kleineren bzw. unbedenklichen Bauten auf Anzeigepflicht umstellen

1784 XIX. Unsere Schritte zu einer besseren Integration

1785

1786 Wir wollen mehr Integration. Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Der multikulturelle
1787 Traum ist gescheitert. Jetzt müssen wir eine bessere Grundlage für das Zusammenleben in
1788 Deutschland schaffen.

1789

1790 Das erreichen wir durch eine neue Integrationspolitik:

1791

1792 - Integration bedeutet für uns die Akzeptanz unserer Grundwerte und Normen. In-
1793 tegration bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit. Diese aus
1794 der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Werte - allen voran Men-
1795 schenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Gleichheit von Mann und Frau
1796 - sind universelle Werte. Sie stehen nicht zur Disposition. Die darauf beruhenden
1797 Regeln unseres Zusammenlebens stehen im Grundgesetz und sind damit für alle
1798 Bürgerinnen und Bürger verbindlich.

1799

1800 - Integration setzt eine gemeinsame Sprache voraus. Fundierte Deutschkenntnisse
1801 sind für die Integration in die deutsche Gesellschaft unerlässlich. Sie müssen schon
1802 frühzeitig vermittelt werden. Das bedeutet konkret den verpflichtenden Besuch
1803 von Sprachkursen schon vor der Einschulung, wenn die Sprachtests im vierten Le-
1804 bensjahr gravierende Lücken ergeben haben.

1805

1806 - Integration setzt Chancen voraus. Dies bedeutet eine gute schulische und berufli-
1807 che Ausbildung. Auszubildende aus Zuwandererfamilien haben geringere Chancen
1808 auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als einheimische deutsche Jugendliche.
1809 Die Bildungsdefizite der muslimischen Minderheit müssen beseitigt werden.

1810

1811 - Muslime müssen akzeptieren, dass der Staat nach unserem Grundgesetz zu religiö-
1812 ser Neutralität verpflichtet ist. Da das Kopftuch bei Lehrkräften auch ein politi-
1813 sches Symbol ist, darf es im Unterricht an öffentlichen Schulen nicht geduldet wer-
1814 den.

1815

1816 - Wir wollen islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentli-
1817 chen Schulen, aber in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern
1818 und unter deutscher Schulaufsicht.

1819

1820 - Die Möglichkeiten für Muslime nach eigenem Ritus auf deutschen Friedhöfen be-
1821 erdigt zu werden, müssen verbessert werden.

1822

1823 - Muslime dürfen auch eigene Gebetsräume in Krankenhäusern und anderen karita-
1824 tiven Einrichtungen haben.

1825

1826 - Wir wollen eine repräsentative Institution der Muslime in NRW initiieren. Vorbilder
1827 dazu sind im Sinne einer "Schura" - eines Rates bzw. "runden Tisches" - die es be-
1828 reits in Niedersachsen und Hamburg gibt. In einer solchen Schura müssen alle mus-
1829 limischen Gruppierungen und nicht nur die muslimischen Dachverbände je nach
1830 Stärke vertreten sein. Eine solche Schura ist auch ein erster Schritt im Hinblick auf
1831 die Bildung eines einheitlichen Ansprechpartners für die Konstituierung eines is-
1832 lamischen Religionsunterrichtes nach Art. 7 Grundgesetz.

- 1833 - Die Entwicklung zur "Hinterhofmoschee" muss beendet werden. Für eine bessere
1834 Integration ist es unausweichlich, dass islamische Geistliche, die in den Moscheen
1835 in NRW tätig sind, nicht mehr wie bisher ihre Ausbildung zumeist in der Türkei o-
1836 der in arabischen Staaten erhalten und allein in türkischer oder arabischer Sprache
1837 vorbeten und predigen.
- 1838 -
1839 - Hassprediger dürfen keinen Raum für ihre Parolen bekommen. Integrationsfeindli-
1840 chen Predigten in Moscheen erteilen wir eine klare Absage.
- 1841 -
1842 - Vor dem Hintergrund der globalen Konfliktlagen erwarten wir, dass sich die musli-
1843 mischen Institutionen in Deutschland klar und eindeutig in Wort und Tat vom Isla-
1844 mismus abgrenzen.
- 1845 -
1846 - Wir plädieren dafür, dass sich die muslimischen Organisationen auf dem Weg zu
1847 einem "deutschen Islam" machen.

1848 XX. Unsere Schritte zu einem kinderfreundlichen Land

1849

1850 Nordrhein-Westfalen ist ein kinderarmes Land in doppelter Hinsicht. Noch nie wurden so
1851 wenige Kinder geboren und noch nie gab es so viele arme Kinder in unserem Land. Wenn
1852 30 Prozent unserer Frauen und 44 Prozent der Akademikerinnen keine Kinder mehr be-
1853 kommen, läuft etwas schief in unserem Land. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder zu
1854 einem Land der Kinder machen. Weniger Kinder bedeuten weniger Lebensqualität, weni-
1855 ger Innovationsfähigkeit, weniger Wachstum, weniger Wohlstand und weniger Glück.
1856 Nordrhein-Westfalen braucht mehr Kinder. Wir stellen Familien in den Mittelpunkt. Kin-
1857 der werden geboren, wenn Mütter und Väter Zuversicht und positive Zukunftserwartun-
1858 gen haben. Frauen wollen sich nicht auf eine Rolle festlegen lassen. Sie wollen erwerbstä-
1859 tig sein und Kinder haben. Sie wollen Unterstützung, um Beruf und Familie vereinbaren zu
1860 können. Sie wollen verlässliche Partner im Betrieb, in der Kinderbetreuung und bei der
1861 Arbeit im häuslichen Bereich.

1862

1863 Wir wollen Kinderfreundlichkeit zu einer Aufgabe unseres ganzen Landes machen. Politik,
1864 Gesellschaft und Wirtschaft müssen Mütter und Väter konsequent unterstützen und för-
1865 dern. Wir wollen NRW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland machen.

1866

1867 - Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt. Der öffentliche Dienst hat dabei
1868 eine Vorreiterfunktion. Die Betriebe sollen verstärkt Partner von Politik und Fami-
1869 lien werden.

1870

1871 - Wir unterstützen die Kommunen im Ausbau der Kinderbetreuung. Wir gewährleis-
1872 ten eine Beteiligung des Landes an der Verantwortung, auch an der Finanzierung.
1873 Bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung unserer Kinder dürfen wir nicht spa-
1874 ren.

1875

1876 - Wir wollen eine Initiative für Tagespflege. Wir wollen qualifizierten Tagesmüttern
1877 und -vätern mittelfristig mit einer Unterstützung für eine Altersvorsorge helfen.
1878 Wir wollen Tagespflegezentren an den Kindertageseinrichtungen, um ein besseres
1879 Zusammenspiel der verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten zu gewährleisten.
1880 Dazu unterstützen wir Familienzentren im familiären Nahbereich. Hier sollen sich
1881 vor Ort auch niederschwellige Angebote der Familienbildung (Erziehungskompe-
1882 tenz), der Vermittlung von Betreuungsangeboten (Tagesmütterzentren) und Treff-
1883 punkte (Kontakte) zu Kinderärzten und Hebammen, Erziehungs- und Familienbera-
1884 tungsstellen, Verbänden und Vereinen, Generationstreffs usw. entwickeln können.

1885

1886 - Wir wollen Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Dabei rechnen wir
1887 mit einem Bedarf von 20 Prozent. Wir wollen das Angebot in diesem Bereich konti-
1888 nuierlich erweitern mit dem Ziel einer echten Bedarfsdeckung. Zum einen wollen
1889 wir Kindertagesstätten-Plätzen, die wegen der demographischen Entwicklung frei
1890 werden, schrittweise in Plätze für Kinder unter drei Jahren umwandeln. Zum an-
1891 dern wollen wir zusätzliche Plätze schaffen, indem wir mit Eltern, Kommunen und
1892 freien Trägern nach Lösungen zum Ausbau der Tagespflege suchen, die eine ge-

- 1893 rechte Finanzierung, Flexibilisierung ohne bürokratische Hürden und Qualität si-
1894 cherstellen.
- 1895
- 1896 - Wir wollen Spielgruppen und die Möglichkeit, Betreuungsplätze zu teilen.
- 1897
- 1898 - Wir wollen verlässliche Grundschulen von 8 bis 13 Uhr.
- 1899
- 1900 - Wir wollen mehr Ganztagschulen und die Option, offene Ganztagschulen zu ech-
1901 ten Ganztagschulen umzuwandeln.
- 1902
- 1903 - Wir wollen besondere Angebote für Kinder mit hohem Förderbedarf, z.B. den Hort,
1904 die Pflegefamilie und die sozialpädagogische Familienhilfe.
- 1905
- 1906 - Wir wollen die Bildungsarbeit in den Kindergärten stärken.
- 1907
- 1908 - Wir wollen verhindern, dass Kinder "durch den Rost" fallen. Kinder aus sozial
1909 schwachen Herkunftsfamilien, mit Störungen in der Entwicklung, Kinder mit
1910 Migrationshintergrund usw. benötigen eine individuelle Förderung. Jedes Kind hat
1911 ein Recht auf optimale Bildung und Betreuung, gerade dann, wenn die Eltern mit
1912 ihrer Verantwortung für das Kind überlastet sind. Kinderärzte, Kindertagesstätten,
1913 Grundschulen und die Jugendämter müssen daher so vernetzt sein, dass Kinder
1914 sehr früh die richtige Unterstützung erhalten. Nur so kann die Spirale der Kinder-
1915 armut durchbrochen werden.

1916 XXI. Unsere Schritte zu einer modernen Frauenpolitik

1917

1918 Durch den gesellschaftlichen Wandel hat sich das Leben der Frauen gravierend verändert,
1919 und es wird sich weiter verändern. Noch nie hatten Mädchen und junge Frauen so große
1920 Chancen, sich zu qualifizieren. Sie nutzen diese Chancen. Mehr Mädchen als Jungen ma-
1921 chen Abitur. Die Hälfte der Studierenden ist mittlerweile weiblich.

1922

1923 Viele Frauen haben mit ihrer Kreativität, Kommunikationsfähigkeit und Flexibilität gute
1924 Chancen, die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Dennoch gibt es weiterhin den
1925 Trend, dass Frauen zum größten Teil in beruflichen Positionen landen, die kaum oder we-
1926 nig Chancen des Aufstiegs bieten.

1927

1928 In kaum einem anderen Bundesland ist die Frauenerwerbstätigenquote so niedrig wie in
1929 Nordrhein-Westfalen. Sie liegt bei uns mit 55 Prozent (2003) deutlich unter dem Bundes-
1930 durchschnitt von fast 59 Prozent. Insbesondere die Mütter, die nach der Familienphase
1931 wieder in den Beruf zurück wollen, finden weder Aus- noch qualifizierte Weiterbildung.

1932

1933 Die CDU steht für eine neue Gerechtigkeit in allen politischen Handlungsfeldern. Mäd-
1934 chen und Jungen, Frauen und Männer sollen von der Politik gleichermaßen profitieren.

1935

1936 - Wir wollen Mädchen und Jungen in der Schule individuell fördern, u. a. auch durch
1937 geschlechterspezifische Angebote.

1938

1939 - Wir wollen Mädchen und Jungen auf mehr Partnerschaft vorbereiten.

1940

1941 - Wir wollen das Berufswahlverfahren der Jugendlichen durch qualifizierte Beratung
1942 begleiten.

1943

1944 - Wir wollen die Aus- und Weiterbildung auf die unterschiedlichen Anforderungen
1945 von Männern und Frauen ausrichten.

1946

1947 - Wir wollen in Betrieben und im Öffentlichen Dienst für familienfreundliche Rah-
1948 menbedingungen und Maßnahmen zur Frauenförderung werben.

1949

1950 - Wir wollen bei der Verwaltungsreform die Gleichbehandlung von Mitarbeiterinnen
1951 sicherstellen.

1952

1953 - Wir wollen das Beratungs- und Unterstützungsteam gegen häusliche Gewalt, sexu-
1954 ellen Missbrauch, Menschenhandel und Prostitution erhalten und effizient gestal-
1955 ten.

1956

1957 - Wir wollen das Beratungssystem für Mütter, Väter und Schwangere erhalten.

1958

1959 - Wir wollen die Geschlechtersensibilität im Gesundheitswesen weiterentwickeln.

1960

1961 - Wir wollen Frauenbelange im Gesundheitswesen beachten.

1962

1963 - Wir wollen neue Modelle bei Trennung und Scheidung entwickeln, damit Kindern
1964 die Eltern erhalten bleiben.

1965

1966 **XXII. Unsere Schritte zu einer einem besseren Miteinander der** 1967 **Generationen**

1968
1969 Der Anteil der über 60jährigen lag im Jahr 1900 bei 5 Prozent. Heute sind es rund 25 Pro-
1970 zent, und es werden 33 Prozent im Jahr 2030. 60jährige heute haben eine durchschnittli-
1971 che Lebenserwartung von über 20 Jahren vor sich – bei besserer Gesundheit und höherer
1972 Kompetenz als das vor Jahrzehnten der Fall war. Die Gesellschaft hat sich aber angewöhnt,
1973 Arbeitnehmer über 45 als schwer vermittelbar einzustufen und mit 55 in den Ruhestand
1974 zu schicken. Gleichzeitig nimmt die „Jugendzeit“ zu. Erstausbildungen beschäftigen viele
1975 bis dreißig und älter.

1976
1977 Wir stehen vor großen Umwälzungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Die daraus
1978 resultierenden Umbrüche können nur erfolgreich gestaltet werden, wenn wir zu größerer
1979 Solidarität füreinander und gleichzeitig zu mehr Eigenverantwortung kommen.

1980
1981 Niemand hat heute fertige Antworten auf die Herausforderungen, die die neue Gesell-
1982 schaft des langen Lebens an uns stellt. Auch die CDU nicht. Es gab in der Geschichte noch
1983 keinen vergleichbaren Umbruch in der Struktur der Generationen. Er geht in den westli-
1984 chen Gesellschaften zudem noch einher mit einer zunehmenden Individualisierung der
1985 Lebensweisen. Wir beobachten mit Sorge, dass sich in den Zeiten wachsenden Wohlstands
1986 eine Mentalität ausgebreitet hat, mehr zu verbrauchen als zu erwirtschaften, die Lebens-
1987 leistungen der älteren Generationen nicht mehr wertzuschätzen und die Eigeninteressen
1988 vor das Gemeinwohl zu stellen. Wir müssen gemeinsam zu einer neuen generationen-
1989 übergreifenden Solidarität und zu einem wechselseitigen Entstehen der Generationen
1990 füreinander kommen.

1991
1992 Wir brauchen eine neue Kultur gegenseitiger Wertschätzung. Keine Generation darf auf
1993 Kosten der anderen leben. Die Jungen haben ein Recht darauf, dass nicht auf ihre Kosten
1994 immer neue Schulden gemacht werden. Die ältere Generation hat ein Recht auf die Aner-
1995 kennung ihrer Lebensentwürfe und Leistungen. Sie haben ein Recht auf sichere Renten
1996 und ein selbstbestimmtes Lebensumfeld.

1997
1998 Wir wollen die „Lebensmitte“ wieder herstellen.

1999
2000 - Wir wollen die Ausbildungszeiten senken und das lebenslange Lernen fördern.

2001
2002 - Niemand wird mehr 40 Jahre mit derselben beruflichen Tätigkeit verbringen. Wir wol-
2003 len Phasen der Erwerbstätigkeit – auch der Selbstständigkeit -, der Weiterbildung, der
2004 Arbeit in Familien und in der Pflege besser kompatibel machen.

2005
2006 - Wir wollen das Wissen und die Erfahrung der älteren Generationen besser nutzen.
2007 Dabei gilt, dass nicht nur die Volkswirtschaft in Zukunft darauf angewiesen sein wird,
2008 sondern die Älteren um so länger fit bleiben, je stärker sie im Alltag gefordert und in
2009 ihrem Können bestätigt werden. Das kann für Menschen bis ins sehr hohe Alter gelten.
2010 Die berufliche Integration oder das Engagement in Familie und/oder Ehrenamt ist un-
2011 bedingt zu unterstützen.

-
- 2012 - Wir wollen die Lebensqualität durch ein bedarfgerechtes Wohnumfeld und durch die
2013 Sensibilisierung für altersbedingten Einschränkungen verbessern. Schilder die einfach
2014 besser lesbar sind, Toiletten die leicht erreichbar sind, Aufzüge oder breitere Türen
2015 damit die Barrierefreiheit erreicht wird, Hausmeisterdienste, Bring- und Holdienste
2016 von Jugendlichen, Sport- und Bewegungsangebote und Seniorenwohngemeinschaften,
2017 vieles lässt sich machen.
2018
- 2019 - Wir wollen dafür sorgen, dass Diskriminierungen älterer Bürgerinnen und Bürger ab-
2020 gebaut werden.

2021 **XXIII. Unsere Schritte zu mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**
2022 **für Menschen mit Behinderung**

2023
2024 Heute wird viel davon gesprochen, dass jeder Einzelne für sich und sein Leben mehr Ver-
2025 antwortung übernehmen und mehr Eigeninitiative entwickeln soll. Das ist richtig. Es setzt
2026 aber voraus, dass die Menschen überhaupt in der Lage sind, ihr Leben selbst zu gestalten.
2027 Eine langfristig gedachte, zukunftsorientierte Sozialpolitik muss deshalb den Menschen
2028 helfen, sich selbst zu helfen, wo sie es können und solange sie es können. Niemand darf
2029 vergessen werden. Wir wollen dazu beitragen, Menschen mit einer Behinderung ein mög-
2030 lichst selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Das beginnt bei der
2031 Frühförderung, beim Besuch von Kindergarten und Schule. Die rot-grüne Regierungskoali-
2032 tion hat – entgegen den Vorschlägen der CDU – in ihrer Politik den gesamten Bereich von
2033 Erziehung, Bildung und Hinführung in die Arbeitswelt ausgespart. So lässt sich eine
2034 Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung nicht erreichen.

2035
2036 Wir wollen das ändern:

- 2037
- 2038 - Die CDU wird in einem ersten Schritt ein Sonderprogramm „Teilhabe für alle“ auf-
2039 legen. Es wird nach einem Anschub von 50 Mio. Euro mit durchschnittlich 25 Mio.
2040 Euro jährlich ausgestattet. Damit sollen Lehrer, Therapeuten und Pflegekräfte aus-
2041 gebildet werden, um mehr Kindern mit Behinderung den Besuch von Kindergarten
2042 und Schule zu ermöglichen oder zu erleichtern, sowohl in speziellen Fördereinrich-
2043 tungen als auch in integrierten Einrichtungen. Außerdem sollen aus dem Pro-
2044 gramm Maßnahmen der Frühförderung und die Ausstattung der Werkstätten fi-
2045 nanziert werden.
 - 2046
 - 2047 - Auch Menschen mit Behinderung werden alt. Viele von ihnen haben jahrelang in
2048 einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung gearbeitet und so einen struktu-
2049 rierten Tagesablauf, eine befriedigenden Aufgabe und eine Verdienstmöglichkeit
2050 gehabt. Wenn sie ins Rentenalter kommen, sollen sie nicht aus der vertrauten Um-
2051 gebung gerissen werden.

2052
2053 Wir wollen deshalb erreichen, dass sie in der Nähe der Werkstatt wohnen bleiben
2054 und eine Anbindung zur Werkstatt behalten können, weil dies für viele ihr Zuhause
2055 ist.

XXIV. Unsere Schritte zu einem modernen Verbraucherschutz

2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095

Staatliches Handeln muss dafür Sorge tragen, dass Verbraucher in unseren immer komplexer und globaler werdenden Märkten größtmögliche Sicherheit und größtmöglichen Schutz genießen. Dabei sind ideologische Grund- und Zielvorstellungen fehl am Platz.

Wir wollen uns den Herausforderungen mit einem modernen, zeitgemäßen und möglichst umfassenden Verbraucherschutz stellen.

- Wir wollen die soziale Marktwirtschaft stärken, denn sie bildet die Grundlage für größtmöglichen Verbraucherschutz. Sie bürgt für die Rahmenbedingungen, die den Verbraucher zum Motor und nicht zum Spielball der Märkte machen.
- Wir wollen, dass die Rechte der Verbraucher durch die freiwillige Selbstverpflichtung der Marktteilnehmer gestärkt werden. Es reicht in vielen Bereichen aus, wenn der Staat nur noch für die Kontrolle der Kontrolle verantwortlich ist, statt selbst zu kontrollieren. Freiwillige Selbstverpflichtungen müssen aber eine bindende Wirkung haben. Deshalb wollen wir, dass ihre Ziele klar definiert sind, die Einhaltung kontrolliert wird und bei Missachtung ernstzunehmende Sanktionsmechanismen greifen.
- Der informierte und mündige Verbraucher ist Ziel und Leitbild eines von Entscheidungsfreiheit geprägten Verbraucherschutzes. Deshalb wollen wir die Verbraucherinformationsrechte verbessern. Das fördert Vertrauen in Anbieter und Produkte am Markt.
- Die unabhängige Verbraucherberatung ist von zentraler Bedeutung für die Information der Verbraucher. Neben staatlichen Verbraucherschutzorganisationen können auch private Einrichtungen den Staat entlasten. Eine Stärkung der Informations- und Beratungskompetenz von Verbraucherberatungsstellen soll darüber hinaus deren Einnahmen aus kostenpflichtigen Publikationen und Dienstleistungen erhöhen. Wir wollen, dass das Land hier auf eigene Werbemaßnahmen und -mittel im Bereich des Verbraucherschutzes verzichtet.
- Verbraucherschutz ist nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Aufgabe. Wir wollen ihn auch auf europäischer Ebene weitgehend einheitlich verwirklichen. Dabei ist unser Ziel, größtmögliche Subsidiarität zu erhalten und gleichzeitig ein hohes Mindestmaß an einheitlichen Standards zu schaffen. So bekommen wir gleiche Wettbewerbsbedingungen im Einklang mit unseren europäischen Nachbarn.

2096 **XXV. Unsere Schritte zum Schutz der Umwelt und zur Wahrung der**
2097 **Schöpfung**

2098
2099 Die Bewahrung der Schöpfung ist Kernelement christlicher Verantwortung. Wir setzen
2100 dabei auf das freiwillige Engagement der Gesellschaft aus ökologischer Eigenverantwor-
2101 tung statt ausschließlich auf staatliche Gängelung. Umweltschutz darf in Nordrhein-
2102 Westfalen angesichts des Wettbewerbs der Standorte gerade in der Mitte Europas kein
2103 Versuchsfeld für ideologische Sonderwege sein. Im Sinne einer nachhaltigen Ressourcen-
2104 schonung ist es unerlässlich, die für den Umweltschutz aufzuwendenden Kosten konse-
2105 quent am ökologischen Nutzen zu messen.

2106
2107 Wir stehen für eine neue, ideologiefreie und wirksame Umweltschutzpolitik:

2108
2109 - Wir wollen einen Umweltpakt, der die Kräfte von Wirtschaft und Politik im Um-
2110 weltschutz bündelt. Dazu gehört die intensive Vernetzung von wissenschaftlicher
2111 Forschung mit den Entwicklungsabteilungen der Unternehmen und den von Staat
2112 und Wirtschaft getragenen Aus- und Fortbildungseinrichtungen. Einen Schwer-
2113 punkt bildet für uns die Integrierte Produktpolitik. Sie ist Ausdruck einer konse-
2114 quenten Produktverantwortung der Hersteller und schafft innovative Produkte, die
2115 von der Entwicklung über die Herstellung und die Nutzung bis hin zur Entsorgung
2116 streng am Grundsatz der Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, z.B. durch die Nutzung
2117 nachwachsender Rohstoffe.

2118
2119 - Zum Schutz des Klimas wollen wir Energie einsparen durch die klimaschonende
2120 Erneuerung unseres Kraftwerksparks und durch Energieeinsparung in den Gebäu-
2121 den.

2122
2123 - Wir wollen neue Antriebstechniken und die Serienreife eines schadstofffreien Per-
2124 sonenwagens (Null-Emissions-Auto) so schnell wie möglich vorantreiben. Das si-
2125 chert und schafft neue Arbeitsplätze in der Automobilindustrie.

2126
2127 - Wir wollen die Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien für die Grundlastver-
2128 sorgung und den Ausbau der dezentralen Versorgung im Rahmen der erneuerbaren
2129 Energien insbesondere auf der Grundlage nachwachsender Rohstoffe.

2130
2131 - Wir wollen die Entwicklung neuer Konzepte und Technologien zur Eindämmung
2132 von Lärm, insbesondere an Verkehrswegen.

2133

2134 XXVI. Unsere Schritte zu einer aktiven Europapolitik

2135

2136 Die CDU ist die Partei der europäischen Integration. Wir wollen ein starkes Europa. Wir
2137 wollen, dass die Integration Europas voranschreitet. Wir begrüßen die Osterweiterung der
2138 EU. Wir wollen eine privilegierte Partnerschaft der Türkei mit der EU. Unser Land profitiert
2139 in allen Bereichen von Europa. Die EU fördert den wirtschaftlichen Strukturwandel, die
2140 Arbeitsmarktpolitik, die Schulbildung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den
2141 Euregios und viele andere Bereiche. Die Kehrseite ist: Über die Hälfte aller Gesetze in
2142 Deutschland kommt inzwischen durch Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel zustan-
2143 de. Und diese Tendenz nimmt zu. Die Länder dürfen aber nicht zu bloßen Umsetzungsor-
2144 ganen europäischer Gesetze werden. Deshalb kommt es darauf an, die Interessen des Lan-
2145 des bei den Institutionen der Europäischen Union wirksam zu vertreten. Und es kommt
2146 darauf an, dass „Europa“ bei den Bürgerinnen und Bürgern wirklich ankommt und nicht
2147 eine Sache von „Eurokraten“ bleibt. Wir müssen viel dafür tun, dass sich die Menschen mit
2148 Europa identifizieren können, dass sie ein europäisches Bewusstsein entwickeln. Nur so
2149 lässt sich die Integration Europas auch in Zukunft erfolgreich vertiefen.

2150

2151 Wir wollen die Europapolitik des Landes aktiv gestalten.

2152

2153 - Wir wollen die Parlamente als Hüter des Subsidiaritätsprinzips in Angelegenheiten
2154 der EU stärken. Dazu gehören die Forderung nach einer effizienten Vertretung des
2155 Landes bei den verschiedenen europäischen Institutionen in Brüssel, nach mehr
2156 Rechten des Landtags gegenüber der Landesregierung bei europäischen Gesetzes-
2157 vorhaben, nach einer optimalen Profilierung des Landes in internationalen europäi-
2158 schen Organisationen und Wettbewerben und nicht zuletzt die Forderung nach ei-
2159 nem Bekenntnis zu Europa in der Landesverfassung, das dem künftigen europäi-
2160 schen Verfassungsvertrag Rechnung trägt.

2161

2162 - Wir wollen in der Bildungspolitik den Ausbau der „Europaschulen“ und eine Vertie-
2163 fung der europäischen Dimension in der allgemeinen Schulbildung vorantreiben.

2164

2165 - Wir wollen in der Arbeitsmarktpolitik eine Neuorientierung und Professionalisie-
2166 rung der EU-geförderten Strukturpolitik mit Schwerpunkten auf Forschung und
2167 Entwicklung in Kombination mit betrieblichen Innovationen besonders bei kleinen
2168 und mittleren Unternehmen einleiten. Dabei muss es auch um die Sicherung nord-
2169 rhein-westfälischer Arbeitsplätze durch die Einflussnahme auf EU-Richtlinien (z.B.
2170 zur Chemikalienpolitik, zur Daseinsvorsorge oder zu den Dienstleistungen) und um
2171 Initiativen zum Abbau bürokratischer Vorgaben durch die EU gehen.

2172

2173 - Wir wollen in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik Hochschulen und For-
2174 schungsinstitute optimal auf das künftige 7. EU-Forschungsrahmenprogramm vor-
2175 bereiten und damit möglichst viele Mittel nach Nordrhein-Westfalen holen.

2176

2177 - Wir wollen in der Kommunal- bzw. Regionalpolitik den Ausbau der Städte- und Re-
2178 gionalpartnerschaften insbesondere mit den neuen Mitgliedsländern im Rahmen
2179 eines eigenen Osteuropakonzepts vorantreiben, die Zusammenarbeit in den Eure-
2180 gios qualitativ und quantitativ ausbauen und die Kommunen für die Neugestaltung
2181 der EU-Förderprogramme im Rahmen der neuen Kohäsionspolitik nach 2007 fit
2182 machen.

- 2183 - Wir wollen eine für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen transparente Informati-
2184 onspolitik organisieren, die durch eine zentrale, internetgestützte Informationsstel-
2185 le über alle wichtigen europäischen Belange präzise und zeitnah unterrichtet.
2186
- 2187 - Wir wollen in einem globalpolitischen Zusammenhang im Bereich der Eine-Welt-
2188 Politik nicht nur mehr EU-Mittel nach Nordrhein-Westfalen holen, sondern generell
2189 die Eine-Welt-Politik des Landes neu organisieren. Dazu gehört eine institutionelle
2190 Bündelung bestehender Einrichtungen und eine stärkere internationale Vernet-
2191 zung, eine inhaltliche Fokussierung auf wirtschaftspolitische Faktoren und ein kon-
2192 zeptioneller Ausgleich zwischen der In- und Auslandsarbeit sowie eine Entlastung
2193 des Haushalts durch eine signifikante Steigerung privatwirtschaftlicher Mittel.

2194 **XXVII. Unsere Schritte zu mehr Lebensqualität durch Förderung des**
2195 **Sports**
2196

2197 Sport ist wichtig. Mit seinem hohen gesundheitlichen und sozialen Potential trägt Sport
2198 erheblich zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Er vereint Junge und Alte, verschie-
2199 denste Nationalitäten, Menschen mit und ohne Behinderung. Sie alle teilen die Begeiste-
2200 rung für den Sport. Wir wollen deshalb noch mehr Menschen als bisher zu regelmäßigem
2201 Sport und zur Teilnahme am Vereinsleben anregen.
2202

2203 Sport ist ein fester Bestandteil unserer gesamten politischen Arbeit:
2204

2205 - Wir wollen das gesundheitsfördernde und präventive Potential des Sports nut-
2206 zen.
2207

2208 Viele Kinder leiden bereits im Grundschulalter unter Übergewicht, Haltungs-
2209 schäden und Koordinationsstörungen. Zu den Ursachen gehören eine ungesun-
2210 de Ernährungsweise und – vor allem in den Städten – das Fehlen von Spiel- und
2211 Bewegungsmöglichkeiten außerhalb von Verein und Schule. Deshalb ist der
2212 Schulsport besonders wichtig. Wir wollen, dass der Sportunterricht endlich in
2213 vollem Umfang erteilt wird. Dazu gehört auch der Schwimmunterricht. Heute
2214 können zwischen 10 und 25 Prozent der Viertklässler nicht schwimmen. Wir
2215 brauchen verstärkt Schwimmunterricht an den Grundschulen.
2216

2217 - Wir wollen Fachlehrer für den Sportunterricht
2218 Der Sportunterricht muss von dafür ausgebildeten Lehrern erteilt werden. Tat-
2219 sächlich wird aber gerade an den Grundschulen der Sportunterricht zu über 50
2220 Prozent von Lehrerinnen und Lehrern ohne die erforderliche Lehrbefähigung er-
2221 teilt. Das wollen wir ändern. Wir wollen mehr Fortbildungen, und wir wollen
2222 dem Sport schon in der Ausbildung zum Grundschullehrer und ebenso in der Er-
2223 zieherinnenausbildung ein größeres Gewicht geben.
2224

2225 - Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit im Sport unterstützen
2226 Die über 20.000 Sportvereine in NRW erfreuen sich bei Jung und Alt hoher Be-
2227 liebtheit. Ihre rund 5 Mio. Mitglieder schätzen besonders das Miteinander und
2228 den Teamgeist unter den Sportlern. Viele sind im Verein auch ehrenamtlich tä-
2229 tig. Ihr Engagement ist eine Grundvoraussetzung für den Vereinssport.
2230

2231 - Der demographische und soziale Wandel macht auch vor den Sportvereinen und
2232 -verbänden nicht halt. Wir wollen sie einladen, mit uns gemeinsam ein „Zu-
2233 kunftsprojekt Verein 2015“ anzugehen und so die Herausforderungen der Zu-
2234 kunft zu bewältigen.

- 2235 - Wir wollen den Spitzensport in NRW fördern.
2236 Sport ist seit mehr als 150 Jahren Wesensmerkmal des gesellschaftlichen Lebens
2237 in NRW. Sein Leistungsstand im nationalen und internationalen Vergleich ist
2238 immer noch beeindruckend, aber rückläufig. Diesem Negativtrend wollen wir
2239 gezielt durch ein Bündnis von Sport, Politik und Wirtschaft entgegen wirken.
2240 Um den jungen Sportlern geeignete Rahmenbedingungen und damit die Chance
2241 zu bieten, dass sie im nationalen wie im internationalen Vergleich mithalten
2242 können, braucht NRW Eliteschulen des Sports nach den Kriterien des Deutschen
2243 Sportbundes: Sie müssen den besonderen Anforderungen an die Lebenskonzepte
2244 der jungen Talente Rechnung tragen und neben einer effektiven sportlichen
2245 Nachwuchsförderung auch Wert auf eine schulische und berufliche Ausbildung
2246 legen.
2247
- 2248 - Wir wollen gute Sportgelegenheiten zur Verfügung stellen.
2249 Für Breiten- wie Spitzensport ist eine ausreichende Zahl moderner und gut aus-
2250 gestatteter Sportstätten gleichermaßen wichtig. Es gibt hier einen Sanierungs-
2251 und Nachholbedarf in Milliardenhöhe, den die Landesregierung durch eine ver-
2252 fehlte Investitionspolitik hat aufkommen lassen. Jetzt hat sie sich aus ihrer Be-
2253 teiligung an der Finanzierung fast ganz zurückgezogen. Die neu eingeführte
2254 Sportpauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz stammt komplett aus den fi-
2255 nanziellen Mitteln der Kommunen, die nur umgeschichtet wurden. Ob das für
2256 die einzelnen, teilweise dringend notwendigen Bau- oder Sanierungsverfahren
2257 vor Ort ausreichen wird, werden wir kritisch beobachten.
2258
- 2259 - Wir wollen gestalten statt verwalten.
2260 Über 30 Jahre Sportverwaltung durch Rot/Grün haben zu Verkrustungen und
2261 Abhängigkeiten geführt, die sich lähmend auf eine zukunftsorientierte Sport-
2262 entwicklung auswirken. Wir wollen den organisierten Sport aus dieser erdrü-
2263 ckenden Situation befreien. Dafür werden wir auch soweit möglich die Ergebnis-
2264 se der Enquete-Kommission „Förderung des Ehrenamts“ umsetzen. In diesem
2265 Sinne werden wir die Sportverwaltung entbürokratisieren und die Sportorgani-
2266 sationen ermuntern, dies ebenso zu tun.